

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucher- schutz und Gleichstellung

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	6
Kap. 09 01 Ministerium	7
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	22
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	41
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	58
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	64
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	70
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	75
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	84
Kap. 09 11 Europaangelegenheiten	89
Anlage zu den Kapiteln 0940 - 0946	98
Einnahmen und Ausgaben 2018	100
VE-Abschluss 2018	102
Einnahmen MG/TG 2018	103
Ausgaben MG/TG 2018	104
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	105

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten, Gleichstellung
2. Justizvollzug, Ambulante Soziale Dienste der Justiz, Freie Straffälligenhilfe
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen
4. Verbraucherschutz
5. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

6.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung gehören:

1. Justiz

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
(1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
4 Landgerichte,
22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften
(1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
als Landesoberbehörde,
4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit
(1 Oberverwaltungsgericht als Landesoberbehörde,
1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
(1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit
(1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten,
1 Jugendanstalt,
1 Jugendarrestanstalt

2. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

2.1 Europaangelegenheiten

Zu den europapolitischen Aktivitäten zählen insbesondere:

- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber den Dienststellen und Institutionen der EU durch das Hanse-Office Brüssel
- Europapolitische Grundsatzangelegenheiten
- Frühwarnsystem
- Integrierte europäische Meerespolitik
- Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- IMAG zur Verwendung der europäischen Mittel

2.2 Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zu den Ostsee- und Nordsee bezogenen Aktivitäten zählen insbesondere:

- grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit
- Koordinierung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des Landes
- Koordination der Ostseezusammenarbeit der Landesregierung
- Ko-Koordination der Kulturpriorität in der EU-Ostseestrategie
- Pflege der Partnerschaften des Landes mit Eastern Norway County Network (Norwegen), den Regionen Syddanmark und Sjælland (Dänemark), Pomorskie/Pommern (Polen), Kaliningrad Oblast (Russland) und den drei ostrobothnischen Regionalverbänden (Finnland) sowie der freundschaftlichen Beziehungen mit den drei Baltischen Staaten
- Zuständigkeit für die Schleswig-Holstein Büros in Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn sowie für die gemeinsam mit Hamburg betriebenen Hanse-Office Danzig und Hanse-Office St. Petersburg
- Mitarbeit in der Baltic Sea States Subregional Co-operation - Konferenz der Ostsee-Subregionen
- Koordinierung der Nordseekooperation der Landesregierung
- STRING-Kooperation in der südwestlichen Ostsee

3. Gleichstellung

Zu den Angelegenheiten der Gleichstellung zählen insbesondere:

1. Gleichstellung der Geschlechter
 - Gleichstellungsgesetz
 - Prostituiertenschutzgesetz (Abschnitt 2 Anmeldung der Prostituierten)
 - Gleichstellung und Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts
 - Gremienbesetzungen
 - Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten, Frauenvereinen und Verbänden
2. Schutz von Frauen vor Gewalt
 - Förderungen von Frauenfacheinrichtungen
 - Vertrauliche Spurensicherung
 - Schutz von Frauen vor Gewalt als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts

4. Verbraucherschutz

Zu den Angelegenheiten des Verbraucherschutzes zählen insbesondere:

- Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des Verbraucherschutzes
- Koordinierung von übergreifenden EU-, Bundes-, Länder und Landesangelegenheiten zum Verbraucherschutz
- Koordinierung und Vorbereitung der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV)
- Grundsatzangelegenheiten des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, insbesondere in den Bereichen Reisen, Telekommunikation und Medien, Gesundheitsdienstleistungen, Finanzdienstleistungen und -produkte, E- und M-Commerce, Wettbewerb
- Förderung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft, Bedarfsgegenständen und Vermarktungsnormen
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln tierischer Herkunft
- Fachaufsicht über das Landeslabor Schleswig-Holstein und die Veterinärämter in Angelegenheiten des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- EU-Schnellwarnsystem, Nationaler Rückstandskontrollplan, bundesweiter Überwachungsplan
- Koordinierungsstelle Export von lebenden Tieren, tierischen Erzeugnissen und Produkten, Lebensmitteln, und zur amtlichen Zertifizierung
- Interdisziplinäres Kontrollteam
- Qualitätsmanagement im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- Technischer Verbraucherschutz, insbesondere Marktüberwachungsaufgaben im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes für Verbraucherprodukte

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Durch die Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung (Bekanntmachung des Ministerpräsidenten nach § 27 Abs. 1 Satz 2 des Landesverwaltungsgesetzes vom 28. Juni 2017 (GVOBl. Schl.-H. 2017, S. 422 f.)) ergeben sich folgende Auswirkungen:

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (Epl. 09) - ehemaliges Ministerium für Justiz, Kultur und Europa - sind mit Wirkung vom 1. August 2017 übergegangen:

in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Angelegenheiten der Kultur.

In den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (Epl. 09) sind mit Wirkung vom 1. August 2017 übergegangen:

1. aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung - ehemals Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - die Angelegenheiten des gesundheitlichen Verbraucherschutzes,
2. aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus - ehemals Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - die Angelegenheiten des wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutzes,
3. aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren - ehemals Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung - die Angelegenheiten der Gleichstellung der Geschlechter, Schutz von Frauen vor häuslicher und sonstiger Gewalt.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung sind

a) weggefallen

Kapitel 0940 Kulturförderung

Kapitel 0941 Kirchenangelegenheiten

Kapitel 0942 Landesarchiv

Kapitel 0943 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Kapitel 0944 Archäologisches Landesamt

Kapitel 0945 Landesamt für Denkmalpflege

Kapitel 0946 Erwachsenenbildung

b) hinzugekommen

Kapitel 0901 - Maßnahmegruppe 01 - Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Kapitel 0901 - Maßnahmegruppe 02 - Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

Kapitel 0901 - Maßnahmegruppe 03 - Förderung der Gleichstellung

Die Vorjahreswerte der übertragenen Kapitel, Maßnahmegruppen und Titel sind in vollem Umfang bei den übernehmenden Kapiteln, Maßnahmegruppen und Titeln ausgewiesen.

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Leerstellen)

Kapitel	Stand 01.02.2017
0901	7
0902	122
0903	10
0904	5
0905	17
0906	1
0908	26
0909	3
Gesamt	191

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabschluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2018: 257.004,4 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 31.10.2017: 5.518,41

Nachrichtlich

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

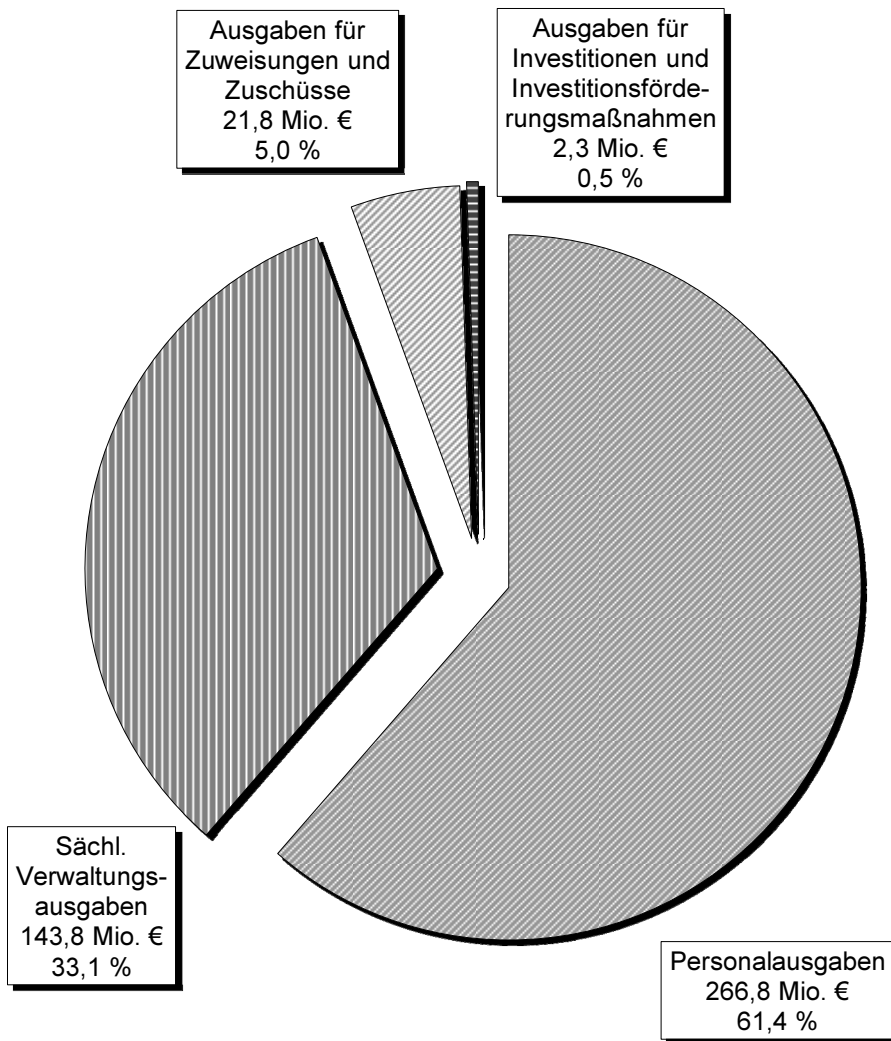
a)	Anzahl	Stand 01.01.2016	2.627
	Anzahl	Stand 01.01.2017	2.670
b)	Ist	2016 - in T€	84.380,3
	Soll	2017 - in T€	87.104,9
	Soll	2018 - in T€	91.245,9

2. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2016)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.154
Pflichtquote (5 %)	258
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	393

	2017	2018
	- in T€ -	
Budget I	410.857,3	410.533,4
Budget II	18.597,4	24.118,8

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2018



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Das Kapitel 09 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Ausgaben

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0		8,0
			8,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	1,0		1,0
			1,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Ostseeprogrammes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	127,1		127,1
			127,1		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Ostseeprogramm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländern sowie die Erstattung aus Mitteln der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

232 02	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Nordseeprogrammes zur Finanzierung der Kosten für die Prüfstelle zur Durchführung der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	59,2		59,2
			59,3		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Nordseeprogramm ist die Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt.

Die Übernahme der Kosten für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Nordseeprogramm beteiligten Länder wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

233 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des deutsch-dänischen INTERREG A Programmes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfung (SLC) auf deutscher Seite	69,0		69,0
			69,0		

Erläuterungen:

Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am deutsch-dänischen INTERREG A Programm beteiligten Kreise und kreisfreien Städte (Programmpartner) wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(Vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 919 01.		
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.		
01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz				
111 02 (MG 01)	314	Gebühreneinnahmen für Ausnahmegenehmigungen nach der EU VO 834/2007	0,0 0,0	0,0
		Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 535 01 (MG 01) zur Verfügung. Übertragung von Tit. 1319-111 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung. Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere: - Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen aufgrund der EU VO (EG) Nr. 834/2007 sowie der zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsakte der Europäischen Union - Bußgelder aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Union auf dem Gebiet des Ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz - ÖLG) vom 07. Dezember 2008		
111 03 (MG 01)	314	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Gebühren in Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung und des Weinrechts.		
119 06 (MG 01)	523	Einnahmen aus der Weinabgabe	0,7 0,7	0,7
		Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 05 (MG 01) zur Verfügung. Übertragung von Tit. 1319-119 06 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		
Summe der Maßnahmegruppe 01			0,7 0,7	0,7
02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz				
119 03 (MG 02)	314	Einnahmen für Untersuchungen und Prüfungen von Geräten	0,0 0,0	0,0
		Übertragung von Tit. 0613-119 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		
271 12 (MG 02)	314	Erstattungen der EU für Dienstleistungen	0,0 0,0	0,0
		Übertragung von Tit. 0613-271 12 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Summe der Maßnahmegruppe 02			0,0	0,0
			0,0	
03 Förderung der Gleichstellung				
119 02	236	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0	0,0
(MG 03)			11,4	
Übertragung von Tit. 1008 - 119 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 03 verwendet werden.				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
119 04	291	Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen	0,5	0,5
(MG 03)			1,7	
Übertragung von Titel 1008 - 119 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 535 02 (MG 03) verwendet werden.				
Summe der Maßnahmegruppe 03			0,5	0,5
			13,1	
Summe der Einnahmen			265,5	265,5
			279,0	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers	140,0	140,0
			146,8	

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.355,0	6.514,2
			4.512,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

561,8 T€ übertragen nach 0740-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

65,0 T€ übertragen von 0301-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

187,9 T€ übertragen von 0613-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

386,4 T€ übertragen von 1008-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

745,9 T€ übertragen von 1319-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Mehr insbesondere wegen geänderter Veranschlagung infolge der Änderung der Geschäftsverteilung, u.a. im Zusammenhang mit der erforderlichen Einrichtung der neuen Abteilung "Verbraucherschutz". Darüber hinaus mehr zur Ausfinanzierung der aufgrund des IT-Justizgesetzes zusätzlich ausgebrachten Planstellen für die Gemeinsame IT-Stelle (GemIT), für die im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Strafvollzuges, insbesondere zur strategischen Begleitung des Gesundheitsmanagements im Justizvollzug, eingerichtete Planstelle, zur Fortführung des Aufbaus einer zentralen Verfahrenspflegestelle für das Projekt eJustizSH im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	74,0	74,0
			250,9	

Erläuterungen:

Die Veranschlagung berücksichtigt Personalausgaben für erforderliche Krankheitsvertretungen.

427 04	011	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.605,9	5.557,0
			5.590,2	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

1.159,4 T€ übertragen nach 0740-428 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

155,7 T€ übertragen von 0613-428 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

70,9 T€ übertragen von 1008-428 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

711,5 T€ übertragen von 1319-428 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Mehr wegen Angleichung der Leitungsbereiche sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes. Darüber hinaus weniger insbesondere wegen der geänderten Veranschlagung infolge der Änderung der Geschäftsverteilung.

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	28.391,7	28.391,7
			0,0	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 429 01

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Ressorteinzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushaltsjahr 2014 in gesonderten Titeln in den Ressorteinzelplänen ausgewiesen. Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0
			42,2	

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	147,0	155,4
			142,0	

22,0 T€ übertragen nach 0701-511 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

7,0 T€ übertragen von 1001-511 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

15,4 T€ übertragen von 1310-511 10 MG 10 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Büromaterial		70.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		40.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten		5.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		6.500
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten		10.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		8.900
7.	Unterhaltung von Geräten		5.000
8.	Sonstiges		10.000
Summe			155.400

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0	1,0
			0,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registratordienst.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	26,8	23,3
			26,4	

4,7 T€ übertragen nach 0701-518 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

Das Soll 2017 beinhaltet bereits anteilig die Übertragung infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	82,4	81,5
			60,9	

12,7 T€ übertragen nach 0740-525 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

3,1 T€ übertragen von 1001-525 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

11,1 T€ übertragen von 1301-525 10 MG 10 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter			50.000
2.	Kurse und Schulungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung			15.000
3.	Führungskräftefortbildungen			8.000
4.	Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht			8.500
Summe				81.500

Das Soll 2017 beinhaltet bereits anteilig die Übertragung infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

526 02	195	Kosten einer Kontaktstelle für die Wirtschaft zur Klärung von Einzelfragen des Denkmalschutzes	0,0	0,0
			1,8	

Übertragen nach 07 01 - 526 07

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung von Beschäftigten, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

527 01	011	Dienstreisen	154,3	160,0
			121,4	

13,0 T€ übertragen nach 0701-527 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

5,1 T€ übertragen von 1001-527 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

15,9 T€ übertragen von 1301-527 10 MG 10 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen			108.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen			52.000
Summe				160.000

Mehr aufgrund weiterer bedarfsgerechter Anpassung, u.a. im Zusammenhang mit den erwarteten Mehraufwendungen durch die im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelte Prüfbehörde für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm.

529 01	011	Zur Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2019	0,0	5,0
			0,0	

Erläuterungen:

Schleswig-Holstein wird 2019 den Vorsitz der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder (JuMiKo) übernehmen.

Veranschlagt hinsichtlich der Vorbereitung der JuMiKo 2019.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6	7,6
			4,9	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	18,5	19,6
			16,4	
		1,6 T€ übertragen von 1001-531 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für:		
				2018
				EUR
		1. Öffentlichkeitsarbeit		15.700
		2. Internetpräsentation des MJEVG		1.900
		3. Veranstaltungen		2.000
		Summe		19.600
		Das Soll 2017 beinhaltet bereits anteilig die Übertragung infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		
533 02	011	Aufwendungen für Pförtnerdienste	34,5	45,0
			17,4	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG).		
		Mehr aufgrund der zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit geplanten Umzügen in neu zu beziehende Liegenschaften des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung infolge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung.		
533 99	011	Leistungsentgelte an die GMSH	5,0	5,0
			11,6	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet je nach Liegenschaft alle 2 Jahre statt.		
534 01	011	Betriebliches Gesundheitsmanagement	25,0	25,0
			7,5	
		Erläuterungen:		
		Im Rahmen der entsprechenden 59'er Vereinbarung der Landesregierung wird das Betriebliche Gesundheitsmanagement im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung durchgeführt. In Ergänzung der arbeitsmedizinischen Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird ein Schwerpunkt auf die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen sowie deren Evaluierung u.a. im Hinblick auf psychische Belastungen am Arbeitsplatz gelegt werden.		
536 01	011	Umzugskosten	10,0	10,0
			2,6	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für geplante Umzügen in neu zu beziehende Liegenschaften des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung infolge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung.		
541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	15,0	15,0
			15,9	
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	9,1	12,0
			16,8	
		1,0 T€ übertragen nach 0701-546 99 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		
		5,0 T€ übertragen von 1301-546 99 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.		

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	10.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	2.000
Summe		12.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

Das Soll 2017 beinhaltet bereits anteilig die Übertragung infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	28,0	65,0
			30,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	65.000
Summe		65.000

Die Veranschlagung für 2018 berücksichtigt insb. den zusätzlichen Beschaffungsbedarf (wie z. B. Schreibtische und Bürostühle für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) im Zusammenhang mit geplanten Umzügen in neu zu beziehende Liegenschaften des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung infolge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			-18,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr.42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage Personal	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 02	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
			0,0	

972 06	881	Globale Minderausgabe 2016	0,0	0,0
			0,0	

981 04	891	Verrechnung zu Gunsten Titel 0401-381 01 für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0	0,0
			0,0	

Weggefallen.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
526 06 (MG 01)	314	Geschäftsführung der Arbeitsgruppe "Lebensmittel und Bedarfsgegenstände" der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz	7,0 0,0	7,0
Übertragung von Tit. 1319-526 05 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Schleswig- Holstein hat turnusmäßig für 2017 und 2018 den Vorsitz der Arbeitsgruppe "Lebensmittel und Bedarfsgegenstände" der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV-AG "ALB").				
533 01 (MG 01)	314	Vertragliche Entgelte für Kontrollen der Rindfleischetikettierung	0,0 0,0	0,0
Übertragung von Tit. 1319-533 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
533 06 (MG 01)	314	Herstellung und Betrieb einer gemeinsamen Projektzentrale "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse"	30,0 6,1	30,0
Übertragung von Tit. 1319-533 06 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil Schleswig-Holsteins für die auf Beschluss der VSMK beim BVL einzurichtende gemeinsame Bund/Länderprojektzentrale für die Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und der Tabakerzeugnisse. (LFGB = Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch VSMK = Verbraucherschutzministerkonferenz BVL = Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit)				
533 08 (MG 01)	314	Aufwendungen für Qualitätsmanagement und Auditverfahren	0,0 0,0	10,0
Erläuterungen:				
Gemäß der EU VO (EG) Nr. 882/2004 und der Folgeverordnung VO (EU) Nr. 625/2017 ist im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes ein Qualitätsmanagement durchzuführen. Für die Durchführung der notwendigen externen Überprüfungen (Audits und unabhängige Prüfung) sowie entsprechende Schulungsmaßnahmen ist die Beauftragung unabhängiger Dritter erforderlich.				
534 03 (MG 01)	314	Untersuchung von Proben auf organische Schadstoffe und Stabilisotopenanalytik (Wein)	38,0 22,9	38,0
Übertragung von Tit. 1319-534 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt für:				
- die Durchführung von Untersuchungen auf organische Schadstoffe, für die das Landeslabor keine Untersuchungsmöglichkeiten vorhält (Rechtsgrundlagen EU VO (EG) Nr. 1881/2006, EU VO (EG) Nr. 396/2005, EU VO (EG) Nr. 178/2002),				
- die Durchführung von Wein- und Spirituosenuntersuchungen mit Hilfe der Stabilisotopenanalytik (NMR Methode -Kernspinresonanzspektroskopie-), und Aromenanalytik mittels GC-MS (Gaschromatographie mit Massenspektrometrie-Kopplung); Rechtsgrundlage ist die VO (EU) Nr. 1308/2013.				
534 05 (MG 01)	523	Weinabgabe	0,7 0,7	0,7
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 06 (MG 01) geleistet werden.				
Übertragung von Tit. 1319-534 05 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
Erläuterungen:				
Gem. § 10 der Landesverordnung zur Durchführung weinrechtlicher Vorschriften (WeinDVO) vom 14.05.2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 229), zuletzt geändert durch LVO v. 28.04.2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 156), müssen Winzer eine jährliche Abgabe an den Deutschen Weinfonds zahlen. Das für Weinrecht zuständige Ministerium setzt diese Abgabe auf Grundlage der am 1. Januar eines Jahres genutzten Weinbergsfläche fest und führt diese an den deutschen Weinfonds ab.				

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
535 01 (MG 01)	521	Einrichtung und Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau	6,0 0,0	6,0
<p>Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 02 (MG 01) überschritten werden.</p> <p>Übertragung von Tit. 1319-535 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt für die Einrichtung und den Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (LÖK) gem. Vereinbarung vom 15.07.2016. Zur Unterstützung der Aufgaben der LÖK wurde durch Beschluss der Amtschefkonferenz der Agrarministerkonferenz eine Geschäftsstelle gegründet. Aufgabe dieser Geschäftsstelle ist es, den Vorsitz der LÖK bei der Abstimmung und Kommunikation zwischen den obersten Behörden der Länder, den zuständigen Behörden der Länder sowie der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zu unterstützen und Beiträge zur Weiterentwicklung des Kontrollsystems im ökologischen Landbau zu leisten.</p>				
685 04 (MG 01)	314	Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben	10,6 2,7	10,6
<p>Übertragung von Tit. 1319-685 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt für die Durchführung der Landesverordnung zur Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Überwachung von Qualitätsnormen für Obst und Gemüse vom 14. Dezember 1993 (GVObI. Schl.-H. S. 617). Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.</p>				
Summe der Maßnahmegruppe 01			92,3 32,4	102,3
02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz				
<p>Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.</p> <p>Maßnahmegruppe übertragen von Kap. 0613 (MG 04) infolge Änderung der Geschäftsverteilung.</p>				
533 04 (MG 02)	314	Aufträge an Dritte; anteilige Finanzierung der gemeinsamen Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	50,0 24,4	50,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für die anteilige Finanzierung der ZLS sowie für Prüfungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG).</p>				
547 04 (MG 02)	314	Nicht aufteilbare Verwaltungskosten	6,3 0,0	6,3
<p>Erläuterungen: Veranschlagt insbesondere für die Durchführung von Veranstaltungen und Konferenzen sowie für die Erstellung von Informationsmaterialien zu Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.</p>				
684 15 (MG 02)	314	An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.	890,0 870,0	1.090,0
<p>Erläuterungen: Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein erhält aufgrund des Vertrages vom 14. Januar / 5. Februar 2016 eine jährliche Zuwendung für ihre gesellschafts- und verbraucherpolitische Beratungstätigkeit. Die Beratungsstellen bilden ein regionales bürgernahes Vertriebsnetz für Kernangebote und sind Voraussetzung für verschiedene Projekte des Bundes und anderer Einrichtungen. Die Verbraucherzentrale nimmt einen öffentlichen Auftrag wahr.</p> <p>Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:</p>				
				2018
				EUR
1.	In Anspruch genommene VE aus den Vorjahren			870.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017			0
Summe				870.000

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
686 04 (MG 02)	314	Präventionsmaßnahmen im wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutz	35,0 33,2	35,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für spezielle Präventionsmaßnahmen des wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutzes. Der Schutz vor Täuschung und vor Übervorteilung auf neuen Märkten und die Stärkung der Eigenverantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Verhältnis zur Anbieterseite bestimmen die thematischen Schwerpunkte im wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Es sind vor allem die Bereiche Verbraucherrechte, Finanzdienstleistungen, Gesundheitsleistungen, digitaler Verbraucherschutz, Energie sowie Lebensmittel und Ernährung.</p>				
Summe der Maßnahmegruppe 02			981,3 927,6	1.181,3
03 Förderung der Gleichstellung				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben der Maßnahmegruppe bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 (MG 03) geleistet werden.				
533 03 (MG 03)	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im Landes-, Hochschul- und rechtsaufsichtlichen Bereich	80,0 0,0	80,0
Übertragung von Titel 1008 - 533 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für Personal- und Sachkosten (z.B. auch für Veranstaltungen, Informationsmaterialien, Serviceangebote) zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit und um die Zusammenarbeit der Netzwerke der Gleichstellungsbeauftragten zu fördern und zu intensivieren.</p>				
533 05 (MG 03)	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	0,0 0,0	0,0
Übertragung von Titel 1008 - 533 05 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
<p>Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>				
533 07 (MG 03)	236	Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung	400,0 399,2	400,0
Übertragung von Titel 1012 - 533 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für die Durchführung medizinischer Untersuchungen bzw. für die medizinische (Erst-) Versorgung im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung. Leistungserbringer sind das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.</p>				
535 02 (MG 03)	291	Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen	29,0 22,7	29,0
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 (MG 03) geleistet werden.				
Übertragung von Titel 1008 - 535 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.				
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für Kosten betreffend eigene oder gemeinsam mit Dritten durchgeführte Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Publikationen auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik. Hierzu gehören insbesondere Honorare, Mieten für Veranstaltungsräume, Druckkosten für Broschüren oder Tagungsdokumentationen.</p>				
546 01 (MG 03)	291	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit dem ProStSchG	0,0 0,0	15,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 546 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für sächliche Verwaltungsausgaben, die bei der Umsetzung des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) vom 21.10.2016 (BGBl I S. 2372) anfallen. Hierzu zählen insbesondere
 - Ausgestaltung, Druck und Übersetzung von Informationsmaterialien
 - Broschüren vom Bund für die Länder
 - Kosten der Bundesdruckerei
 - Veranstaltungen.

547 03 (MG 03)	236	Einzelfallhilfen und Dolmetscherkosten für gewaltbetroffene Frauen	10,0 24,1	10,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Übertragung von Titel 1008 - 547 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Einzelfallhilfen, die Frauen zur Finanzierung ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein erhalten, wenn sie Opfer von Frauenhandel geworden sind und staatliche Leistungen nicht, noch nicht oder nicht ausreichend gewährt werden. Die Entscheidung über die Leistungsgewährung erfolgt durch die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein - contra.

633 01 (MG 03)	291	Zuweisung an Kommunen zum Ausgleich von Mehrkosten für die Beschäftigung von kommunalen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten	0,0 0,0	1.000,0
--------------------------	-----	---	-------------------	----------------

Erläuterungen:

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden über finanzielle Entlastungsmaßnahmen vom 11. Januar 2018 erstattet das Land den Kommunen Mehrkosten für die Beschäftigung von Gleichstellungsbeauftragten, die ihnen aufgrund der gesetzlichen Neuregelung entstehen.

684 01 (MG 03)	236	Förderung von Beratungsangeboten nach dem ProstSchG	0,0 0,0	200,0
--------------------------	-----	--	-------------------	--------------

Übertragung von Titel 1008 - 684 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Der Tit. 684 01 (MG 03) wurde unterjährig in 2017 gem. § 8 Abs.15 HG eingerichtet und infolge Änderung der Geschäftsverteilung von Tit. 1008 - 684 01 hierher übertragen.

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung einer anerkannten Fachberatungsstelle gem. § 8 Abs. 2 S. 1 des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) vom 21.10.2016 (BGBl I S. 2372).

684 07 (MG 03)	236	Förderung von Beratungsangeboten	25,0 25,0	25,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Übertragung von Titel 1008 - 684 07 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung eines arbeitsbezogenen Fachberatungsangebotes (u.a. Ausstiegsberatung) für Prostituierte.

684 08 (MG 03)	236	Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich	52,0 57,1	52,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Übertragung von Titel 1008 - 684 08 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Personal- und Sachkosten. Die Geschäftsstelle soll wesentlich zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit im kommunalen Bereich beitragen und einen Ausbau des landesweiten Netzes von professionellen, weisungsunabhängigen Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen schaffen.

684 10 (MG 03)	236	Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.	90,0 109,6	90,0
--------------------------	-----	---	----------------------	-------------

Übertragung von Titel 1008 - 684 10 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für die landesweite Beratung und Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen sowie bei der Fortbildung und Vernetzung der gesamten Bandbreite der Frauenerwerbsarbeit. Gefördert wird das Bildungs- und Beratungszentrum des Frauennetzwerkes zur Arbeitssituation e.V. in Kiel mit landesweiten dezentralen Angeboten. Ziel ist es, arbeitslosen Frauen den Einstieg in die berufliche Selbständigkeit zu erleichtern und Frauen im Erwerbsleben für Leitungsaufgaben und Führungspositionen zu qualifizieren.

684 11	236	Zuschuss an den Landesfrauenrat	34,0	35,0
	(MG 03)		33,0	

Übertragung von Titel 1008 - 684 11 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Zuschuss für die Arbeit des Landesfrauenrates als Dachverband von 45 Frauenverbänden in Schleswig-Holstein. Der Landesfrauenrat hat seine Netzwerke nach innen zu den Mitgliedern und nach außen zur Gesellschaft, Politik und Wirtschaft kontinuierlich - insbesondere durch gemeinsame Projekte - erweitert. Dies soll erhalten und - wo möglich - ausgebaut werden.

684 14	235	Zusätzliche Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen	2.100,0	700,0
	(MG 03)		0,0	

Übertragung von Titel 1008 - 684 15 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt für vorübergehend entstandene erhöhte und besondere Bedarfe für Frauenfacheinrichtungen, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen. Die Ausgaben für Zuschüsse im Rahmen des Wohnraumkonzepts (300,0 T €) und Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Wohnraumkonzepts (500,0 T €) sind nunmehr in den neu eingerichteten Tit. 684 18 (MG 03) und 893 01 (MG 03) veranschlagt. 300,0 T € übertragen nach Tit. 684 18 (MG 03). 500,0 T € übertragen nach Tit. 893 01 (MG 03).

684 16	263	Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe	18,0	18,0
	(MG 03)		0,0	

Übertragung von Titel 1008 - 684 16 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Maßnahmen zum Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe. Das Projekt "SuSe - sicher und selbstbestimmt - Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken - Tragfähige Netze schaffen" des Bundesverbandes Frauenberatung wurde während einer dreijährige Modellzeit (2014-2016) von der Aktion Mensch finanziert. Frauen und Mädchen mit Behinderung, die weitaus häufiger von allen Formen von Gewalt betroffen sind als nicht behinderte Frauen, sollte dadurch der Zugang zu Informationen und Hilfsmöglichkeiten geebnet werden. Die Mittel der Modellzeit sind Ende 2016 ausgelaufen, das Projekt hätte ohne weitere Finanzierung nicht fortgesetzt werden können. Im Jahr 2017 soll die Fortsetzung der erfolgreich begonnenen Vernetzung im Kreis Ostholstein erfolgen und darüber hinaus ein weiterer Ausbau erfolgen. Dieser ist im Jahr 2018 zu verstetigen und ggfs. weiter voranzutreiben.

684 17	236	Zuschuss an den Landesverband der Frauenberatungseinrichtungen	50,0	126,0
	(MG 03)		0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
------------------------------------	------

Neuverpflichtung insgesamt	468
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	117
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	117
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	117
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	117

Übertragung von Titel 1008 - 684 17 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 17

Erläuterungen:

Aufwendungen für die Umsetzung folgender Ziele des Landesverbands Frauenberatung (LFSH):

- Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft, Förderung der Chancengleichheit und Abbau von Diskriminierung und Gewalt
- Interessenvertretung und Außenvertretung der Mitgliedsorganisationen gegenüber Politik, Presse, Medien, Fachöffentlichkeit
- Öffentlichkeits- und Medienarbeit zur weiteren Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit
- Erhalt und Weiterentwicklung professioneller, qualifizierter Unterstützungs- und Beratungsangebote
- Förderung der Netzwerkarbeit mit relevanten Einrichtungen und Berufsgruppen auf Landes- und Bundesebene

684 18	235	Umsetzung des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen	0,0	300,0
(MG 03)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	1.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	300
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	300
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	300
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	300

Erläuterungen:

Veranschlagt für laufende Zuschüsse im Rahmen des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen. 300,0 T € übertragen von Tit. 684 14 (MG 03).

684 19	235	Zuschuss zur Förderung einer Koordinierungsstelle für die übergeordnete Arbeit der Frauenhäuser	0,0	50,0
(MG 03)			0,0	

Erläuterungen:

Für die übergeordnete Arbeit aller Frauenhäuser soll die bisher ehrenamtlich geleistete Koordinierungsarbeit der Frauenhäuser - ähnlich wie die Arbeit der Frauenberatungsstellen - durch eine hauptamtliche Stelle unterstützt werden.

893 01	291	Investitionsförderung im Rahmen des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen	0,0	500,0
(MG 03)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Investitionsförderung im Rahmen des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen. 500,0 T € übertragen von Tit. 684 14 (MG 03).

893 06	291	Zuschüsse für Investitionen in Frauenfacheinrichtungen	0,0	0,0
(MG 03)			149,1	

Übertragung von Titel 1012 - 893 06 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Summe der Maßnahmegruppe 03	2.888,0	3.630,0
	819,8	

Summe der Ausgaben	44.143,4	46.271,9
	12.781,0	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10,2 23,6	10,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	255,3 255,4	255,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			265,5 279,0	265,5
41 - 49		Personalausgaben	39.616,6 10.542,4	40.726,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.194,2 946,5	1.248,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.304,6 1.130,6	3.731,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28,0 179,5	565,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 -18,0	0,0
Gesamtausgaben			44.143,4 12.781,0	46.271,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-43.877,9 -12.502,0	-46.006,4

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Straffälligenhilfe und Opferschutz
- 06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 17 in den vorgenannten Kapiteln berücksichtigen die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben. Gleiches gilt für die Veranschlagung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Tit. 0902 - 112 02) und deren Vergütungen (Tit. 0902 - 459 02).

Einnahmen

111 02	051	Gerichtskosten	139.726,9	139.790,0
			139.665,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
		Gebühreneinnahmen aus		
1.		Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)		44.500.000
2.		Grundbuchsachen		71.000.000
3.		Vollstreckungssachen		4.500.000
4.		Nachlasssachen		8.900.000
5.		Insolvenzsachen		6.500.000
6.		Handelsregistersachen		2.800.000
7.		Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten		1.000.000
8.		Sonstiges		590.000
Summe				139.790.000

Vgl. Kapitel Erläuterung.

112 02	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	10.000,0	10.000,0
			10.315,9	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung und Tit. 459 02.

119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	35,0	35,0
			33,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	15,0	15,0
			94,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände; der Ansatz ist geschätzt. Im Ist 2016 sind einmalige Fehlbuchungen enthalten.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
119 04	051	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen Erläuterungen: Vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 684 03 und bei Maßnahmegruppe 01.	0,0 63,3	0,0
119 05	051	Einnahmen aus Beiträgen Dritter für Tagungen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Im Haushaltsjahr 2018 vorgesehen für Einnahmen aus Teilnahmebeiträgen Dritter für den "Mediationsfachtag 2018" beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht (vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 541 01).	0,0 6,3	0,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen Erläuterungen: Anpassung an das erwartete Ist.	25,0 55,8	40,0
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.	2,0 0,0	2,0
232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
282 01	051	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.	0,0 71,6	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.	0,0 92,2	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0 0,0	0,0
Summe der Einnahmen			149.803,9 150.398,7	149.882,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	715,0	650,0
			489,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung.

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	77.098,2	74.714,1
			83.528,6	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Der Ansatz 2018 berücksichtigt die zentrale Veranschlagung der auf das Ministerium, die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzug entfallenden Einsparvorgaben zur Realisierung des Stellenabbaupfades und die - ebenfalls zentral für die vorstehend genannten Bereiche - vorzunehmende pauschale Absenkung der Personalkostenbudgets der Ressorts im Zusammenhang mit Minderbedarfen. Berücksichtigt ist ebenfalls die abschließende Rückgabe des im HH 2016 erbrachten Finanzierungsbeitrages für den Verwaltungsaufwand bei der Auszahlung des Krippengeldes. Darüber hinaus mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes und zur Finanzierung der zusätzlich ausgebrachten Planstellen, u.a. im Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	1.536,0	1.709,0
			1.626,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

		2018 EUR
1.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 2.1	900.000
2.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.2	784.000
3.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.1	25.000
	Summe	1.709.000

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachtdienstzulagen gezahlt werden.

Mehr zur jahresanteiligen Finanzierung der erhöhten Nachwuchskräftekapazitäten im Bereich der Laufbahngruppen 2.1 und 1.2 der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	585,0	585,0
			631,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen.

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	250,0	250,0
			207,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Hausdienstvergütungen	50.000
2.	Vergütungen für Zustellungen	200.000
	Summe	250.000

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 427 04

Zu 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahme genehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

Zu 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,71 € je Zustellung gewährt.

427 05	051	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0	40,0
			47,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	37.871,0	37.829,8
			41.225,3	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Geringere Veranschlagung aufgrund bedarfsgerechter Umwandlung einer Stelle für eine Justizhelferin / einen Justizhelfer -Entgeltgruppe E4, Tarifbeschäftigte/-r- in eine Planstelle für eine Erste Justizhauptwachtmeisterin / einen Ersten Justizhauptwachtmeister -Bes.Gruppe A6 LG 1.1- (vgl. Stellenplan Tit. 422 01) .

428 03	051	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	470,0	470,0
			622,8	

428 04	051	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	9.500,0	9.500,0
			10.629,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:

		2018
		EUR
1.	Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	8.200.000
2.	Nachversicherungsbeiträge	1.300.000
	Summe	9.500.000

Die finanziellen Auswirkungen der zur Realisierung des Stellenabbaupfades - zentral für den Einzelplan - eingesparten Stellen für Referendare/innen (Anw. LG.2.2) sind - ebenfalls zentral für den Einzelplan - bei Titel 422 01 veranschlagt (vgl. Erläuterungen zu Tit. 422 01).

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	400,0	400,0
			354,2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	110.000
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	70.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	210.000
4.	Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten	10.000
Summe		400.000

In der Veranschlagung sind die Bedarfe für den Bereich der Rechtspflegeranwärter/-innen und Justizobersekretäranwärter/-innen wegen höherer Einstellungszahlen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der elektronischen Akte in der Justiz enthalten.

459 02	051	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	8.100,0	8.100,0
			7.921,4	

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.

Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütung und die Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.

In Schleswig-Holstein ist zum 01.01.2017 die Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung (GVVergVO, GVObI. Schl.-H. 2016 S. 960) in Kraft getreten. Danach besteht die Vergütung aus einem prozentualen Anteil an den durch die Erledigung der Vollstreckungsaufträge vereinnahmten Gebühren- und Dokumentenpauschalen (§ 1 VVergVO). Der prozentuale Anteil ist variabel, um eine Überalimentierung zu verhindern. Die Evaluierung des Vergütungsmodells ist vorgesehen.

Vgl. Kapitelerläuterung und Tit. 459 02.

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6	9,6
			7,9	

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0908 - 459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.905,0	6.905,0
			5.446,8	

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	1.780.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	500.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	150.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.635.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	400.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	300.000
7.	Unterhaltung von Geräten	100.000
8.	Sonstiges	40.000
Summe		6.905.000

In der Veranschlagung sind auch die Bedarfe im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 514 01, Tit. 518 99 und Tit. 533 04) enthalten. Darüber hinaus ist ab 2017 der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	120,0	120,0
			116,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	85.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	30.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	0
Summe		120.000

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Tatsächlicher Bestand 01.02.2017
1. Kleintransporter	5	5	5
2. Pkw mit Fahrer/ Fahrer	5	5	5
3. Selbstfahrer-PKW	8	8	8
Zusammen	18	18	18

Aus Aussonderungskontingenten des Innenministeriums und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

In der Veranschlagung ist auch der Bedarf im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 518 99 und Tit. 533 04) enthalten.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	440,0	440,0
			220,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

Im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und der in diesem Zusammenhang im Laufe des Jahres 2017 geplanten Ausstattung der Gerichte ist in der Veranschlagung auch der Mehrbedarf für Druckgeräte berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	43,7	30,0
			28,9	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 518 99

Erläuterungen:

Veranschlagt für 8 (Vorjahr 8) geleaste Fahrzeuge.

Veranschlagung auch unter Berücksichtigung des Bedarfes im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 514 01 und Tit. 533 04).

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	275,0	295,0
			265,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2018
			EUR
1.	Ausbildung der Referendarinnen und Referendare einschl. Unterrichtentschädigungen		125.000
2.	Ausbildung der Anwältinnen und Anwälter der Laufbahngruppe 2.1 einschl. Unterrichtentschädigungen		10.000
3.	Ausbildung der Anwältinnen und Anwälter der Laufbahngruppe 1.2 einschl. Unterrichtentschädigungen		60.000
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten einschl. Unterrichtentschädigungen		7.000
5.	Sonstiges (insbes. Ausbildung der Justizoberwachmeisteranwärterinnen und -anwärter, Ausbildung Gerichtsvollzieher, Ausgaben Nachwuchskräftewerbung)		43.000
6.	Bedarf im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der elektronischen Akte in der Justiz		50.000
Summe			295.000

Mehr bei Pos. 3 und 5 im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher Stellen für Anwärter/-innen, vgl. Tit. 422 03.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	496,0	577,3
			482,2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen (u.a. auch für Supervision und Coaching)	369.300
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2.500
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	35.000
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19.500
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15.000
6.	Zentrale Mittel des Ministeriums für Maßnahmen, die z.B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	11.000
7.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15.000
8.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die gerichtliche Mediation	15.000
9.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Personalentwicklung der Richterinnen/ Richter und Staatsanwältinnen/ Staatsanwälte	25.000
10.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50.000
11.	Gesundheitsmanagement	20.000
Summe		577.300

Die Veranschlagung berücksichtigt ab 2018 zusätzliche Mittel für Supervision (Pos. 1), Coaching (Pos. 1) und die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes (Pos. 9) sowie den Mehrbedarf im Zusammenhang mit den Fortbildungsanforderungen nach § 9 Abs. 3, 4 der Landesverordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein (Allgemeine Laufbahnverordnung - ALVO) vom 19. Mai 2009 (GVObI. Schl.-H. 236), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 03. August 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 811).

Erstattungen Dritter können von den Ausgaben abgesetzt werden.

525 03	051	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	57,0	75,0
			50,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Juristische Staatsprüfungen	69.000
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5.000
3.	Sonstige Prüfungen	1.000
Summe		75.000

Mehr wegen Anhebung der Vergütung für die Prüfungstätigkeit in der staatlichen Pflichtfachprüfung zum 01.01.2017 (Pos. 1).

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	96,0	86,0
			36,4	

10,0 T€ übertragen nach Tit. 0701 - 526 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,8	2,8
			0,7	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 526 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:

		2018 EUR
1.	des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe	600
2.	des Richterwahlausschusses	1.200
3.	des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/ Justizfachangestellter"	1.000
Summe		2.800

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	30,0	30,0
			33,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

526 11	051	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe	16.400,0	15.700,0
			15.649,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 431 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745).

Vgl. Kapitelerläuterung.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 12	051	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	7.400,0	6.700,0
			6.606,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739).

Vgl. Kapitelerläuterung.

Anpassung an das erwartete Ist.

526 13	051	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.500,0	1.400,0
			1.314,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung.

Anpassung an das erwartete Ist.

526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	23.700,0	22.500,0
			22.454,4	

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222). Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

In der Veranschlagung ist auch der Bedarf im Zusammenhang mit Vormundschaftsverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge berücksichtigt.

Vgl. Kapitelerläuterung.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	45.480,0	46.750,0
			42.133,9	

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 526 15

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben

- nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739),
- in Betreuungsangelegenheiten nach §§ 1835 Abs. 4 und 1835 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) sowie
- für Vergütungen für Verfahrenspflegerinnen und -pfleger sowie für Verfahrensbeistände nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2780).

Vgl. Kapiterläuterung.

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 16	051	Kosten der Rechtsberatungshilfe	4.500,0	4.000,0
			3.948,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).

Vgl. Kapiterläuterung.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 17	051	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	6.700,0	6.450,0
			6.450,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693).

Vgl. Kapiterläuterung.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 99	051	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	25,0	35,0
			24,9	

3,0 T€ übertragen nach Tit. 0701 - 526 99 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

Erläuterungen:

Pauschal veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09 bei Anpassung an den erwarteten Mehrbedarf (u. a. für Assessment-Center).

527 01	051	Dienstreisen	289,0	305,0
			280,7	

2,0 T€ übertragen nach Tit. 0701 - 526 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018
		EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	57.500
2.	Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen	10.000
3.	Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen	22.500
4.	Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen	25.000
5.	Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften	5.000
6.	Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung	10.000
7.	Reisen zur Ablegung von Prüfungen	10.000
8.	Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	120.000
9.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für die Kapitel 0901 - 0909	45.000
Summe		305.000

Die Veranschlagung ab 2018 berücksichtigt insbesondere auch den Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Abhaltung von Gerichtstagen durch das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht in Itzehoe und Lübeck (vgl. Pos. 3).

529 01	051	Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich	3,7	3,7
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für nachgeordnete Landesbehörden Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Sie sind nach Maßgabe der Richtlinien für die Inanspruchnahme der Verfügungsmittel in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

529 02	051	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5	0,5
			0,4	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 03	051	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	150,0	150,0
			113,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Druck	105.000
2.	Vertrieb	25.000
3.	Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen	15.000
4.	Sonstiges	5.000
Summe		150.000

533 02	051	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	180,0	180,0
			90,3	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 02) und die arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 08 MG 01).

Ab dem Jahr 2017 wird insbes. auch aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung mit einer verstärkten Inanspruchnahme der arbeitsmedizinischen Betreuung gerechnet, so dass ein Anstieg der Ausgaben erwartet wird.

533 04	051	Aufwendungen für Dienst- und Werkverträge	250,0	290,0
			280,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Veranschlagung auch unter Berücksichtigung der ganzjährigen Auswirkungen des Einsatzes von externen Sicherheitskräften im Zusammenhang mit der in 2016 begonnenen Sanierung des Gerichtsgebäudes des Land- und Amtsgerichtes Lübeck (vgl. Tit. 511 01, Tit. 514 01 und Tit. 518 99); darüber hinaus ab 2018 Anpassung an die neue Vertragslage nach Ausschreibung.

533 05	051	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten	230,0	230,0
			136,7	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

Erläuterungen:

Die Kosten des stationären Therapieunterbringungsvollzuges nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz sind vom Land zu tragen, da der Vollzug des bundesgesetzlichen Therapieunterbringungsgesetzes eine Länderaufgabe ist. Die Unterbringung und Intensivbetreuung von entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotential wird durch geeignete Einrichtungen im Rahmen der Führungsaufsicht sichergestellt.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	20,0	20,0
			10,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	20,0	20,0
			1,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Umzüge im Zusammenhang mit laufenden Baumaßnahmen (u. a. im Landgericht Flensburg).

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	20,0	10,0
			7,2	

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 05 dürfen zusätzlich bei Tit. 541 01 verausgabt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt u. a. für die Ausrichtung des "Mediationsfachtages 2018" beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	70,0	70,0
			64,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	5.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	55.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	10.000
	Summe	70.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
632 01	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten.	5,0 0,0	5,0
632 02	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Betrieb und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) Erläuterungen: Gemäß der Verwaltungsvereinbarung der Länder, die Schleswig-Holstein am 2. August 2011 gezeichnet hat, und nach dem Staatsvertrag, dem Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 7. Oktober 2011 beigetreten ist, tragen die Länder die Kosten für den gemeinsamen Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel ohne Bund. Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben steht in Abhängigkeit der Anzahl richterlicher Anordnungen.	120,0 95,4	120,0
632 04	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg Erläuterungen: Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Mai 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 344), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 15./16./21. November 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 72), werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt. Der von Schleswig-Holstein zu zahlende Anteil bemisst sich nach dem Verhältnis der Prüflinge aller beteiligten Länder. Mehr wegen erhöhter Zahl der voraussichtlichen Prüflinge, darüber hinaus ab 2018 mehr wegen Anhebung der Prüfervergütung und der Stellenhebung des Geschäftsführenden Referenten bei dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg.	450,0 454,6	525,0
632 05	059	Kostenanteil an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim Erläuterungen: Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vom 9. Oktober/ 5. November 1979 leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegergesetz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tatsächlichen Studienzeit an dieser Hochschule getragen. Ab 2017 mehr wegen Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter u. a. zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz sowie wegen eines Anstiegs der Personal- und Allgemeinkosten der Hochschule.	600,0 453,9	600,0
632 06	153	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie Erläuterungen: Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 1. März 1993 werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Die Veranschlagung erfolgt aufgrund von Entwürfen der Wirtschaftspläne der beiden Tagungsstätten. Für die Jahre 2017 und 2018 wird mit höheren Kostenanteilen im Zusammenhang mit größeren Bauunterhaltungsmaßnahmen in der Tagungsstätte Wustrau gerechnet.	75,0 64,9	75,0
632 07	059	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden	26,0 21,7	30,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 632 07

Erläuterungen:

Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Die Höhe des Ansatzes orientiert sich an den für die Haushaltsjahre 2017/2018 vorgelegten Wirtschaftsplänen der Kriminologischen Zentralstelle sowie an dem Beschluss der Justizministerinnen und Justizminister vom 25./26. Juni 2014 zur Finanzierung der Länderkommission zur Verhütung von Folter.

Für das Jahr 2018 wird mit einem höheren Kostenanteil im Zusammenhang mit dem Umzug der Kriminologischen Zentralstelle gerechnet.

632 08	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,0 1,2	1,2
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können.

Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Jahre 1992 vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.

632 11	059	Anteil Schleswig-Holsteins an den Erhebungen zur Personalbedarfsrechnung nach PEBB§Y und PEBB§Y-Fach	0,0 52,7	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Das ist 2016 resultiert aus Ausgaben für den nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegten Anteil Schleswig-Holsteins an den Kosten zur Durchführung der länderübergreifenden PEBB§Y-Erhebung für die Fachgerichtsbarkeiten.

632 12	059	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat	0,0 0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist ein Staatsvertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenats abgeschlossen worden (GVOBl. Schl.-H. 2012 S. 550, 614). Die Kostenbeteiligung erfolgt nach dem Verursacherprinzip. Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	800,0 670,9	800,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

681 02	051	Entschädigungen an Verfahrensbeteiligte aufgrund überlanger Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	50,0 2,4	50,0
---------------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Epl. 09.

In welcher Höhe aufgrund des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) Ansprüche gegen das Land geltend gemacht werden und ob diese zu Zahlungsverpflichtungen führen, ist nicht vorhersehbar.

Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für in Vorjahren erhobene Ansprüche.

681 03	051	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	450,0 109,9	5.000,0
---------------	-----	--	-----------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für verschiedene Amtshaftungsansprüche, die in 2018 fällig werden können (es werden zum Stand Oktober 2017 Amtshaftungsansprüche in Höhe von rd. 6,1 Mio. € geltend gemacht).

Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden.

Hieraus können auch Mittel für Leistungen im Rahmen des Ergänzenden Hilfesystems für Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch im Verantwortungsbereich von Landeseinrichtungen im Geschäftsbereich des MJEVG geleistet werden.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
681 04	051	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0 71,6	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltpflichtstation.				
684 01	051	An Vereine und Verbände	6,6 6,6	6,6
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Beiträge für:				
				2018
				EUR
1.		Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen		1.500
2.		Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen		5.100
Summe				6.600
684 03	236	Zuschüsse an Betreuungsvereine	1.000,0 896,1	1.200,0
Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen bei Tit. 119 04 an Betreuungsvereine stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 684 03 zur Verfügung.				
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen von § 1908 f Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 3 Landesbetreuungs-gesetz, verabschiedet als Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes vom 17. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 385).				
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung von Betreuungsvereinen.				
Ziel:				
Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine				
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,				
- diese beaufsichtigen und weiterbilden,				
- ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,				
- die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,				
- planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren sowie Bevollmächtigte beraten,				
- einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.				
Mehr insb. wegen der Erhöhung des geförderten Höchstbetrags von 50,0 T€ auf 60,0 T€ insb. im Zusammenhang mit gestiegenen Bedarfen für Sach- und Personalausgaben bei den Betreuungsvereinen.				
811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	26,3 0,0	30,0
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	757,0 724,8	724,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2018
				EUR
1.		Erstmalige Anschaffungen		88.000
2.		Ersatzbeschaffungen		557.500
3.		Ergänzungsbeschaffung		78.500
Summe				724.000

Insbesondere berücksichtigt sind die Beschaffungen von Bestuhlungen in den Sitzungssälen, ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Beschaffungsbedarfe für die Aktenarchivierung einschl. feuerfester Archivschränke.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 136,9	0,0
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0 0,0	0,0
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 sowie der Tit. 681 01 bis 681 03 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
01		Straffälligenhilfe und Opferschutz		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen im Bereich der Förderung der Straffälligenhilfe und des Opferschutzes bei Tit. 119 04 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung.				
Erläuterungen:				
Die Mittelvergabe bei den Tit. 684 06, 684 07, 684 08, 684 09, 684 10, 684 11, 685 02 MG 01 und Tit. 0903 - 684 01 MG 02 erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2016 bis 2018 vom 16. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2016 S. 16 ff.) und der Änderung der Richtlinie vom 7. Dezember 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1815).				
533 01	051 (MG 01)	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	55,0 33,7	55,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen.				
Die Mittel stehen auch für die Erstattung von Fahrt- und Nebenkosten, die den Probanden aus Anlass der Wahrnehmung von Therapie- und Beratungsangeboten entstehen, zur Verfügung.				
Ab 2017 mehr wegen Anpassung an den aufgrund der steigenden Zahl von justiziellen Therapieweisungsfällen und Anti-Gewalt-Trainings-Fällen erhöhten Bedarf.				
534 02	051 (MG 01)	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in Vollzug und Bewährungshilfe sowie für Mitarbeitende im Täter-Opfer-Ausgleich	40,0 31,1	40,0
Erläuterungen:				
Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Justizvollzug, der Durchführung der Grundqualifizierung "Mediation in Strafsachen (Täter-Opfer-Ausgleich)" sowie der Ausrichtung von Fachtagungen zur Fortbildung der vorgenannten Zielgruppen.				
Veranschlagt sind:				
				2018
				EUR
1.		Aus- und Fortbildungsmaßnahmen		34.000
2.		Grundqualifizierung "Mediation in Strafsachen"		4.200
3.		Ausrichtung von Fachtagungen		1.800
Summe				40.000
684 06	051 (MG 01)	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe	770,0 779,3	770,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.				
684 07	051 (MG 01)	Maßnahmen für den Opferschutz	35,0 79,3	35,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 07

Erläuterungen:

Aufgrund des Inkrafttretens des 3. Opferrechtsreformgesetz, werden ab 2017 große Teile der bisher in Schleswig-Holstein als freiwillige Leistung erbrachten prozessualen Opferbegleitung in eine gesetzliche Leistung überführt (Diese Leistungen werden bei den sog. Auslagen in Rechtssachen vergütet. Demgegenüber steht eine Erhöhung der Gerichtsgebühren durch die Schaffung eines weiteren Gebührentatbestandes im Gerichtskostengesetz -GKG-.).

Veranschlagt an dieser Stelle ist nur noch der Teil der prozessualen Opferbegleitung, der von den Neuregelungen des 3. Opferrechtsreformgesetzes nicht erfasst wird.

Ziel der aus diesem Titel gewährten Zuwendungen ist es, insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt, Stalking und in Härtefällen, in denen jeweils keine gerichtliche Beordnung erfolgt, die psychosoziale Prozessbegleitung sicherzustellen.

684 08	051	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger	330,0	330,0
(MG 01)			149,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von justiziell angeordneten Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege (Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafverfahren).

Im Laufe des Jahres 2016 wurden zusätzliche Angebote im Bereich der Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege geschaffen.

684 09	051	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter	650,0	650,0
(MG 01)			681,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapie-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter inkl. KIK (häusliche Gewalt).

684 10	051	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe	40,0	40,0
(MG 01)			40,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe).

684 11	051	Ambulante Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und anderer Angehöriger Inhaftierter	100,0	100,0
(MG 01)			0,0	

Erläuterungen:

§ 3 Abs. 6 i.V.m. § 24 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) normiert familienunterstützende Maßnahmen des Justizvollzugs. Vom Standpunkt der Opferorientierung aus gesehen, aber auch zur Unterstützung der vollzuglichen Resozialisierungsanstrengungen, ist eine komplementäre Arbeit im ambulanten Bereich angezeigt. Analog zu den bereits in anderen Bundesländern bestehenden Maßnahmen werden aus den veranschlagten Mitteln u.a. kurzzeitpädagogische Ferienmaßnahmen für Kinder Inhaftierter sowie die flächendeckende, aufsuchende Arbeit mit Kindern und anderen Angehörigen Inhaftierter in Schleswig-Holstein gefördert.

Kein Ist 2016, da erstmalig in 2017 veranschlagt.

685 02	051	Zuschuss für die Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	130,0	130,0
(MG 01)			121,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die anfallenden Personalkosten für eine/einen Psychotherapeutin/-therapeuten mit sexualmedizinischer Zusatzausbildung sowie Verwaltungskosten des Zuwendungsempfängers. In der Veranschlagung berücksichtigt sind auch die Kosten für die im Jahr 2015 eingerichtete 24-Stunden-Telefonbereitschaft.

Das Projekt dient der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder. Es orientiert sich an dem Projekt "Täter im Dunkelfeld" der Berliner Charité. Das Angebot richtet sich an Männer, die sich selbst als gefährdet für sexuelle Übergriffe auf Kinder einschätzen und eine Behandlung wünschen.

Summe der Maßnahmegruppe 01			2.150,0	2.150,0
			1.915,5	

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

525 11	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	15,0	15,0
(MG 06)			15,2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	

T€

noch zu 525 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

533 14	051	Beratung und Betreuung "Neue Steuerungsinstrumente"	7,8	7,8
(MG 06)			3,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.

Summe der Maßnahmegruppe 06

22,8

22,8

18,2

Summe der Ausgaben

258.518,2
259.241,9

258.972,4

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	149.803,9 150.234,9	149.882,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 71,6	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 92,2	0,0
Gesamteinnahmen			149.803,9 150.398,7	149.882,0
41 - 49		Personalausgaben	136.574,8 147.292,2	134.257,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	115.521,5 106.335,4	113.493,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	5.638,6 4.752,6	10.467,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	783,3 724,8	754,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 136,9	0,0
Gesamtausgaben			258.518,2 259.241,9	258.972,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-108.714,3 -108.843,2	-109.090,4

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen
- 02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. der MG 01 und MG 02 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	70,0 83,0	80,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden. Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen gem. § 78 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG). Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.				
111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	40,0 26,2	40,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden. Die Gefangenen haben eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.				
119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0 73,3	2,0
119 04	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0 49,8	0,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 und der MG 02 verwendet werden. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0 14,4	20,0
Erläuterungen:				
Für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen sowie Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen.				
124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28,0 20,4	28,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:				
				2018
				EUR
1. von Gebäuden und Räumlichkeiten				12.000
2. von 3 Landesmietwohnungen				16.000
Summe				28.000
Geringes Ist 2016 aufgrund des zeitweisen Leerstandes einer Landesmietwohnung.				
125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	25,0 18,5	25,0
Erläuterungen:				
Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.				
125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben	1.430,0 1.482,8	1.430,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 125 02

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 verwendet werden.

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	17,0	10,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Veranschlagung bei Tit. 811 01, 811 02 (MG 01) und 811 03 (MG 02).

232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

232 02	056	Erstattungen anderer Länder für die Unterbringung von Gefangenen in der psychiatrischen Tagesklinik der Justizvollzugsanstalt Neumünster	0,0	30,0
			0,0	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.

Seit dem 01.10.2016 betreibt das ZIT-Zentrum für Integrative Psychiatrie die Psychiatrische Abteilung (Tagesklinik) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster. Veranschlagt sind Erstattungen für die Unterbringung von Gefangenen aus anderen Ländern in der Tagesklinik (vgl. Tit. 632 07 -MG 02-).

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 01 sowie Tit. 919 02 (MG 01).

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 02 sowie Tit. 919 03 (MG 02).

Summe der Einnahmen			1.632,0	1.665,0
			1.768,4	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	31.536,3	31.932,8
			32.315,9	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund einer Stellenübertragung in das Kap. 0901 (vgl. Stellenplan Tit. 0901 - 422 01). Darüber hinaus mehr zur Ausfinanzierung der zusätzlich veranschlagten Planstellen, zur Umsetzung des Beförderungspaketes sowie aufgrund der Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen und für den Nachtdienst.

422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	770,6	1.513,6
		dienst	617,5	

Erläuterungen:

Mehr zur jahresanteiligen Finanzierung der erhöhten Nachwuchskräftekapazitäten im Bereich des Laufbahngruppen 2.1 und 1.2 der Justizvollzugsanstalten. Die Schaffung zusätzlicher Stellen für Justizhauptsekretär/anwärter/-innen (Anw. LG 1.2) berücksichtigt auch den perspektivisch erhöhten Personalbedarfs im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes im Zusammenhang mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Wechselschichtdienstleistende.

427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0	40,0
			43,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.310,1	5.310,1
			5.871,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

443 03	056	Schutzimpfungen	6,0	6,0
			2,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitischutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.

453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	65,0	65,0
			26,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	42.000
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	6.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungs-	17.000
	dienst	
Summe		65.000

Ab 2017 mehr aufgrund des Anstieges der Zahl abgeordneter Mitarbeiter/-innen im Zusammenhang mit der aus Baumaßnahmen resultierenden erforderlichen Verlegung von Gefangenen an andere Vollzugsstandorte.

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	310,0	310,0
			287,2	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	60.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten und Mobiliar	75.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten und Mobiliar	75.000
7.	Unterhaltung von Geräten	20.000
8.	Sonstiges	15.000
Summe		310.000

511 02	056	Sicherheitsanlagen	180,0	180,0
			157,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	40.000
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	40.000
3.	Unterhaltung von Geräten	100.000
Summe		180.000

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	360,0	360,0
			352,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	200.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	160.000
Summe		360.000

Die Kosten für die Dienstfahrzeuge des Justizvollzugs sind zentral bei Tit. 514 01 veranschlagt.

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen des Justizvollzuges	Soll 2017	Soll 2018	Bestand am 01.02.2017
1.	Kraftfahrzeuge für Selbstfahrer			
1.1	Personenbeförderung (Pkw)	4	4	4
1.2	Lastenbeförderung (u.a. Brot- und Essenswagen MB-Sprinter)	6	6	6
1.3	Lastenbeförderung (Lkw / Vario-Kipper)	1	1	1
2.	Gefangenentransportfahrzeuge			
2.1	Gefangenentransportwagen (Pkw)	9	9	9
2.2	Gefangenentransportwagen (Kleinbusse)	26	26	26
2.3	Gefangenentransportbusse (Omnibusse)	2	2	2
3.	Landwirtschaftliche Fahrzeuge			
3.1	Kommunaltraktoren (z.B. für Schneeräumung)	5	5	5
3.2	Zugmaschinen (Traktoren/Ackerschlepper für die Bearbeitung von Freiflächen)	3	3	3
4.	Anhänger	8	8	8
Zusammen		64	64	64

Aus Aussonderungskontingenten des Innenministeriums und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	260,0 237,3	260,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind für das Kap. 0903 u.a. die Kosten für Reinigungsmittel, Schädlingsbekämpfung, Wasser- und Abwasserproben.		
518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	27,0 20,0	27,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.		
525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	80,0 74,5	120,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für:		2018
				EUR
		1. Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1		40.000
		2. Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2		60.000
		3. Unterrichtsentschädigungen / Reisekosten / Sonstiges		20.000
		Summe		120.000
		Mehr aufgrund verstärkter Ausbildungstätigkeit im Bereich des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes (Anwärter/-innen der Laufbahngruppe 2.1) und des Allgemeinen Vollzugsdienstes (Anwärter/-innen der Laufbahngruppe 1.2). Vgl. auch Stellenplan zu Tit. 422 03.		
525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	290,0 253,8	290,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für:		2018
				EUR
		1. Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg		40.000
		2. Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen		30.000
		3. Übrige externe Fortbildungen		60.000
		4. Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger		10.000
		5. Reisekosten		10.000
		6. Durchführung von Schießübungen		20.000
		7. Gesundheitsmanagement		100.000
		8. Supervisionen		20.000
		Summe		290.000
		Unveränderter Bedarf aufgrund Erweiterung der Supervisionsangebote ab 2017.		
525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0 0,2	2,0
526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,0 1,1	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Beiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 143 LSt-VollzG).		
526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	30,0 18,5	30,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen sowie für probatorische Sitzungen (Erstbehandlungssitzungen) bei Psychotherapeuten im Rahmen der Soforthilfe als Unterstützungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in beruflichem Zusammenhang Opfer von Gewalthandlungen werden oder einer besonders belastenden Situation ausgesetzt waren. (Ohne Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02). Unveränderter Bedarf aufgrund der erwarteten höheren Kosten für die erstmalig im Haushalt 2016 erfolgte Veranschlagung der Erstbehandlungssitzungen.

527 01	056	Dienstreisen	20,0	30,0
			28,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen		30.000
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen		0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0
Summe			30.000

Die Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) sind für die Kapitel 0901 - 0909 zentral im Kap. 0902 bei Tit. 527 01 veranschlagt. Anpassung an die Ist-Entwicklung bzw. den erwarteten Bedarf.

533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	145,0	145,0
			152,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte sowie für Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements	180,0	150,0
			132,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 533 08 -MG 01-) sowie für externe Fachkräfte zur Implementierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

533 03	056	Evaluation der Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen	75,0	75,0
			45,4	

Erläuterungen:

Die Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen und der damit verbundenen Leitlinien soll regelmäßig wissenschaftlich begleitet und erforscht werden (Evaluation). Veranschlagt für die Evaluation des Jugendarrestvollzugsgesetzes (§ 59 JAVollzG), des Jugendstrafvollzugsgesetzes (§ 97 JStVollzG) und des Landesstrafvollzugsgesetzes (§ 125 LStVollzG). Unveränderter Bedarf aufgrund erstmaliger Evaluation des Jugendstrafvollzugsgesetzes ab 2017.

533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	11,0	11,0
			8,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher Anlagen und Betriebsmittel. Die Überprüfung findet in den Justizvollzugsanstalten - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	35,0	35,0
			42,5	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	1.500
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	20.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	500
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	13.000
Summe		35.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 04	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	1.055,0	955,0
			900,0	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0902 - 533 05 und Tit. 0903 - 632 07 (MG 02).

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung der schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten in anderen Ländern (vergl. dazu Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung - Gesetz vom 15. Mai 2013, GVOBl. Schl.-H. S. 200).

Weniger aufgrund Neuverhandlung der Unterbringungskosten (Tagessätze) für die aufgrund des o.a. Staatsvertrages in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebrachten Sicherungsverwahrten.

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	0,0	0,0
			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 10 (MG 02).

811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	25,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	60,0	105,0
			262,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind

		2018
		EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	55.000
2.	Ersatzbeschaffungen	50.000
Summe		105.000

Insbesondere veranschlagt für die Ersatzbeschaffungen auszusondernder bzw. für die im Zusammenhang mit der personellen Stärkung des Justizvollzuges erforderlicher Personennotrufgeräte in den Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			27,2	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel des MG 01 und MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 119 04, 125 02 und 359 02 dürfen für Mehrausgaben der MG 01 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 02.

511 03 (MG 01)	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	200,0 221,5	225,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen von Geräten		75.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		75.000
3.	Unterhaltung von Geräten		75.000
Summe			225.000

Mehr aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

514 03 (MG 01)	056	Verbrauchsmittel	1.100,0 1.021,3	1.100,0
--------------------------	-----	-------------------------	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.050.000
2.	Fremdleistungen (externe Bearbeitung von Rohstoffen, z.B. Verzinken)		50.000
Summe			1.100.000

533 07 (MG 01)	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	150,0 158,8	150,0
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Haupt- und Real-schulabschlusses und für berufsfördernde Lehrgänge.

533 08 (MG 01)	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	75,0 54,6	75,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).

535 01 (MG 01)	056	Lehr- und Lernmittel	30,0 21,9	30,0
--------------------------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Lehr- und Lernmittel sowie Kosten für Fernlehrgänge.

546 01 (MG 01)	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	25,0 25,7	25,0
--------------------------	-----	---------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Gebühren und Beiträge zu Handwerkskammern und Erzeugerverbänden (z.B. Bio-land) sowie Tierarztkosten (Landesgut Moltsfelde).

632 02 (MG 01)	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordver- bund	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Vorgehalten für die Veranschlagung von Projekten im Rahmen der Kooperationsvereinbarung "RESO-Nordverbund" zwischen den Landesjustizverwaltungen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

681 05	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	3.100,0	3.100,0
(MG 01)			3.012,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Entgelt gemäß §§ 38 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JStVollzG, § 25 UVollzG			1.500.000
2.	Berufsausbildungsbeihilfe gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JStVollzG, § 25 UVollzG			860.000
3.	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemäß § 341 II SGB III, § 345 Nr. 3 SGB III, § 18 SGB IV, GefangenenbeitragsVO			700.000
4.	Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, § 59 JStVollzG, § 25 UVollzG			40.000
Summe				3.100.000

Unveränderter Bedarf aufgrund in 2017 neu begonnener arbeitstherapeutischer Maßnahmen im Rahmen der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen (vgl. Ansatzentwicklung bei Tit. 684 04 -MG 01-).

684 04	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.800,0	1.800,0
(MG 01)			1.576,9	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

2018

Neuverpflichtung insgesamt	1.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	1.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Gefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) vom 18. Oktober 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 992 ff.).

Ab 2017 mehr für zusätzliche Angebote der berufsorientierten Grundbildung (Arbeitstraining, "lebensweltorientierte" Unterrichtung) und zur Durchführung von Sprachkursen für ausländische Gefangene.

Die Verpflichtungsermächtigung wird zur Sicherstellung der Kontinuität bei den Bildungsmaßnahmen für Gefangene und zur Vermeidung von Personalfluktuationen bei den Bildungsträgern benötigt (Zuwendungsvertrag).

684 05	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	545,0	545,0
(MG 01)			545,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

2018

Neuverpflichtung insgesamt	545
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	545
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmagements. Die veranschlagten Mittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel des Landes im Rahmen des Landesprogramms Arbeit 2014 - 2020 zur Förderung der Berufsvorbereitung und Ausbildung für junge Gefangene (Aktion B 2). Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Aktionen der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Landesprogramms Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse B) vom 31. März 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 254 ff.) i.V.m. ergänzenden Förderkriterien. Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden direkt aus dem Epl. 06 (MWVATT) bewirtschaftet. Die Verpflichtungsermächtigung dient der Absicherung der Kofinanzierung des Landes über das Landesprogramm Arbeit.

811 02	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
(MG 01)			37,6	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 01	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe	150,0	255,0
(MG 01)			201,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Erstmalige Beschaffungen			6.000
2.	Ersatzbeschaffungen			249.000
Summe				255.000

Veranschlagt für die Ersatzbeschaffung einer über 20 Jahre in der Schlosserei der Justizvollzugsanstalt Neumünster genutzten Fräsmaschine sowie für diverse weitere Ersatz- und Ergänzungsanschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten.

919 02	851	Zuführung an die Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der MG 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 01			7.175,0	7.305,0
			6.877,1	

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen beiden Tit. 111 02, 111 03, 119 04, 125 01, 232 02 und 359 03 dürfen für Mehrausgaben der MG 02 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 01.

511 04	056	Gefangenenbücherei	5,0	5,0
(MG 02)			2,8	

511 05	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	220,0	200,0
(MG 02)			176,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 511 05

		2018 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	80.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	50.000
3.	Unterhaltung von Geräten	30.000
4.	Beschaffungen von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	35.000
5.	Sonstiges	5.000
Summe		200.000

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

514 04	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Körperpflege	2.300,0	2.200,0
(MG 02)			1.997,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Verpflegung von Gefangenen	1.700.000
2.	Unterbringung, Bekleidung und Körperpflege	500.000
Summe		2.200.000

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf. Darüber hinaus werden ab 2017 steigende Ausgaben aufgrund vertragsgemäßer Preisanpassungen für die Beschaffung von Gefangenenbekleidung erwartet.

533 05	056	Übergangswohnen	50,0	50,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Nach § 59 Abs. 3 LStVollzG kann Gefangenen zur Einübung von Freiheit und eines selbstverantwortlichen Lebens nach der Haftentlassung noch während der Haft ein Probewohnen in Übergangseinrichtungen zur Vorbereitung auf die Eingliederung ermöglicht werden.

Veranschlagt für die Unterbringung in bestehenden Einrichtungen freier Träger. Die Abrechnung erfolgt in Anlehnung an entsprechende Hilfen nach § 67 SGB XII.

Unveränderter Bedarf. Der Mittelabfluss für das 2016 begonnene Vorhaben erfolgt in Abhängigkeit der Auswahl der hierfür in Frage kommenden Gefangenen.

533 09	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	135,0	135,0
(MG 02)			73,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Dolmetscherleistungen	35.000
2.	Extremismusprävention und sonstige Maßnahmen für ausländische Gefangene (z.B. Gesprächsangebote oder religiöse Betreuung)	100.000
Summe		135.000

Unveränderter Bedarf aufgrund bereits in 2017 erwarteter Ausgabensteigerungen bei den Dolmetscherleistungen.

533 10	056	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre	145,0	290,0
(MG 02)			136,2	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 671 04.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 533 10

Erläuterungen:

Veranschlagt für die religiöse Betreuung der Gefangenen gem. § 135 Abs. 1 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) und § 43 Abs. 1 Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG) durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) und das Erzbistum Hamburg. Darüber hinaus veranschlagt für die musikalische Begleitung der Messen in den Justizvollzugsanstalten mit Kirchenräumen (Kiel, Lübeck und Neumünster) sowie für Friseurleistungen in allen Anstalten.

Erhöhte Veranschlagung ab 2018, da zwei bisher von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) beurlaubte und vom Land Schleswig-Holstein als Beamte/-innen auf Widerruf eingestellte Pastoren/-innen künftig in Pfarrstellenräterschaft durch die Nordkirche beschäftigt werden. Das Land Schleswig-Holstein erstattet der Nordkirche hierfür die Personalkosten in der nach dem Gesetz des Landes Schleswig-Holstein über die Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter (Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein - SHBesG) maßgeblichen Höhe inklusive der bisher bei Tit. 671 04 veranschlagten Versorgungskassenbeiträge (vgl. dazu Tit. 671 04 und Stellenplan zu Tit. 422 01).

533 11	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	2.500,0	2.800,0
(MG 02)			2.746,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100.000
2.	Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	250.000
3.	Fachärztliche, ambulante und stationäre Untersuchungen und Behandlungen sowie Röntgenaufnahmen	830.000
4.	Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55.000
5.	Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	1.400.000
6.	Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	45.000
7.	Laboruntersuchungen	75.000
8.	Krankentransporte	45.000
Summe		2.800.000

Gemäß §§ 59 ff. LStVollzG ist für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen zu sorgen. Der Anspruch erstreckt sich auf die ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und den dazu getroffenen Regelungen.

Geringere Veranschlagung in 2017 berücksichtigt die aus diesem Tit. erfolgte Deckung des Bedarfes bei Tit. 533 13 (MG 02) im Zusammenhang mit dem Betrieb einer psychiatrischen Abteilung (Tagesklinik) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster.

Darüber hinaus mehr aufgrund der Anpassung an den erwarteten Bedarf. Kostensenkungen bei der Behandlung von an Hepatitis-C erkrankten Gefangenen sind aufgrund der weiterhin hohen Behandlungskosten - auch in Folge der Zulassung von neuen und besser verträglichen Medikamenten - und der hohen Anzahl zu behandelnder Gefangener zudem auch in 2018 nicht zu erwarten.

533 12	056	Für Therapiemaßnahmen, für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung sowie für Familienorientierung im Vollzug	1.355,0	1.435,0
(MG 02)			1.369,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter sowie für Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung und Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 533 12

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter	510.000
2.	Gutachten	190.000
3.	Schuldnerberatungen	150.000
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	390.000
5.	Familienorientierung im Vollzug	95.000
6.	Sonstige Angebote u.a. Anti-Agressionstraining	100.000
Summe		1.435.000

Mehr aufgrund der erforderlichen Aufstockung von Fachleistungsstunden im Bereich des familienorientierten Vollzuges (Familienberatung) und der Therapie von Gewaltstraftätern sowie aufgrund von Kostensteigerungen bei der Suchtberatung und für die Betreuung von Abschiebungsgefangenen mit Gefährdungspotenzial gem. § 62 a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

533 13	056	Stationäre Versorgung und Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener	1.200,0	1.700,0
(MG 02)			147,7	

300,0 T€ übertragen von Tit. 632 07 (MG 02).

Erläuterungen:

Die Zahl psychiatrisch erkrankter Gefangener steigt in den Justizvollzugsanstalten des Landes stetig an. Psychiatrisch erkrankte Gefangene können seit dem 01.10.2016 in der psychiatrischen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Neumünster teilstationär behandelt werden. Die psychiatrischen Abteilung wird gemeinsam mit dem ZIP-Zentrum für Integrative Psychiatrie als externem Dienstleister betrieben (vgl. hierzu auch Tit. 232 02). Soweit eine teilstationäre Behandlung aufgrund des akuten Krankheitsbildes nicht ausreichend ist, kann eine Verlegung in den Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig mit dortiger vollstationärer Versorgung und Behandlung erfolgen.

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Teilstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen in der psychiatrischen Abteilung in der Justizvollzugsanstalt Neumünster (Tagesklinik)	1.200.000
2.	Vollstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig	500.000
Summe		1.700.000

Mehr für die 2018 erstmalig veranschlagten Mittel für die vollstationäre Behandlung erkrankter Gefangener im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig (vgl. auch Minderbedarfe bzw. Übertragung von Tit. 632 07 -MG 02-).

535 02	056	Für Freizeitgestaltung	130,0	130,0
(MG 02)			118,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Werk- und Bastelmaterialien, Tages- und Anstaltszeitungen.

632 07	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener in Anstalten anderer Verwaltungen	550,0	250,0
(MG 02)			243,1	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

300,0 T€ übertragen nach Tit. 533 13 (MG 02).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 632 07

Erläuterungen:

Aufgrund eines nach § 80 Abs. 1 des Landestrafvollzugsgesetzes (LStVollzG) mit Hamburg geschlossenen Staatsvertrages und mit weiteren Ländern geschlossenen Einzelverträgen zur Erbringung der nach den §§ 79 ff. LStVollzG vorgeschriebenen Leistungen veranschlagt für die Unterbringung von:

		2018 EUR
1.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	100.000
2.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäusern anderer Länder	150.000
Summe		250.000

Die Veranschlagung berücksichtigt mit Blick auf die Behandlungsverpflichtung auch die Notwendigkeit akuter und kostspieliger Behandlungen und basiert neben einer kalkulatorischen Einschätzung der maximal möglichen Belegung anderer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch auf nicht in den Tageshaftkostensätzen enthaltenen Behandlungskosten. Aus der Ist-Belastung des Titels können keine Rückschlüsse auf künftige Bedarfe gezogen werden.

Weniger durch Mittelübertragung im Zusammenhang mit den für das Jahr 2018 erstmals veranschlagten Mitteln für die vollstationäre Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig (vgl. Tit. 533 13 -MG 02-). In 2016 und 2017 sind bereits insgesamt 300,0 T€ im Zusammenhang mit der Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung in der Justizvollzugsanstalt Neumünster (teilstationäre Tagesklinik) nach Tit. 533 13 (MG 02) übertragen worden.

632 08 (MG 02)	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	126,0 0,0	126,0
--------------------------	-----	---	---------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund einer nach § 142 Abs. 2 LStVollzG (Vollzugsgemeinschaft) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen für die Unterbringung von:

		2018 EUR
1.	Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)	42.000
2.	Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld (Niedersachsen)	84.000
Summe		126.000

Die Veranschlagung bezieht sich auf die Vorhaltung jeweils nur eines ganzjährig finanzierten Haftplatzes in Vechta und Alfeld. Unabhängig von der Ist-Belastung des Titels ist die Veranschlagung daher mit Blick auf die vollzuglichen Anforderungen unverändert beizubehalten.

681 06 (MG 02)	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	10,0 8,0	10,0
--------------------------	-----	---	--------------------	-------------

681 07 (MG 02)	056	Entlassungshilfen für Gefangene	15,0 11,1	15,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Nach § 60 Abs. 4 LStVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisekostenzuschüsse, Entlassungsbekleidung oder sonstige notwendige Unterstützung.

681 08 (MG 02)	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5 0,0	0,5
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungen, die sich im Falle eines Anspruches auf Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 des Grundgesetzes (GG) ergeben.

681 09 (MG 02)	056	Auslagererstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	10,0 3,2	10,0
--------------------------	-----	---	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Gemäß Allgemeinverfügung des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa vom 18.07.2007 - II 202 / 4400 - 228 SH - (SchIHA S. 369) u.a. veranschlagt für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich im Vollzug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

684 01 (MG 02)	056	Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug	30,0 15,2	30,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Nach § 4 Abs. 3 JAVollzG und § 21 LStVollzG besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs -sog. Restorative Justice Maßnahmen- innerhalb des Justizvollzuges. Veranschlagt für tatusgleichende Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie der Restorative Justice in Strafverfahren und nach der Verurteilung bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen; insbesondere für Opfer-Empathie-Trainings (OET). Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2016 bis 2018 vom 16. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2016 S. 16 ff.) und der Änderung der Richtlinie vom 7. Dezember 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1815).

811 03	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	390,9	205,0
(MG 02)			305,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2018	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			
1.1	1 Gefangenentransportwagen inkl. Innenausbau mit Plätzen für 9 Gefangene und 4 Begleiter/-innen (Modell: z.B. Mercedes Benz Sprinter)			160.000
1.2	1 Gefangenentransportwagen mit 8 Sitzplätzen -ohne Innenausbau- (Modell: z.B. Mercedes Vito)			45.000
Summe				205.000

812 02	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	95,0	192,0
(MG 02)			363,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			192.000
Summe				192.000

Veranschlagt u.a. für die Beschaffung von Geräten für die zahnärztliche Behandlung der Gefangenen sowie für die Anstaltsküchen und Wäschereien in den Justizvollzugsanstalten des Landes.

892 02	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

2018

Neuverpflichtung insgesamt	157
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	157
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Im Rahmen von anstehenden Baumaßnahmen im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster sollen für die Unterbringung und stationäre Behandlung schleswig-holsteinischer Gefangener in zwei Krankenzimmern sicherheitstechnische Anforderungen des Vollzuges berücksichtigt werden. Der Bau des Bettenhauses des Friedrich-Ebert-Krankenhauses soll 2018 beginnen, die Fertigstellung der Krankenzimmer ist für das Jahr 2020 vorgesehen. Die Verpflichtungsermächtigung wird zur Absicherung der vereinbarten Zahlung eines Investitionszuschusses für die sicherheitstechnische Herrichtung der Krankenzimmer benötigt.

919 03	851	Zuführung an die Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
<hr/>				
Summe der Maßnahmegruppe 02			9.267,4 7.717,0	9.783,5
<hr/>				
Summe der Ausgaben			57.318,4 56.472,9	59.044,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.632,0 1.768,4	1.635,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	30,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.632,0 1.768,4	1.665,0
41 - 49		Personalausgaben	37.728,0 38.877,3	38.867,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	11.628,0 10.083,9	12.578,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	7.241,5 6.315,0	6.841,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	720,9 1.169,5	757,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 27,2	0,0
Gesamtausgaben			57.318,4 56.472,9	59.044,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-55.686,4 -54.704,5	-57.379,0

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.400,0	1.200,0
			1.089,6	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
		Anpassung an das erwartete Ist.		
119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3,0	3,0
			1,7	
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.403,0	1.203,0
			1.091,3	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	35,0	45,0
			34,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222), und die Kosten für Mitgliederinnen und Mitglieder der Berufsgerichte gemäß § 59 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit für die Heilberufe (HBKG) vom 29. Februar 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. April 2017 (GVObI. Schl.-H. S. 273).
Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

Veranschlagt für:

		2018
		EUR
1.	die Verwaltungsgerichtsbarkeit	35.000
2.	Berufsgerichte für die Heilberufe	10.000
Summe		45.000

In der Veranschlagung ab 2018 ist der erwartete Mehrbedarf im Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl von Gerichtsverhandlungen im Asylbereich berücksichtigt (vgl. Pos. 1).

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	4.962,0	5.204,1
			4.639,5	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr insbesondere zur Finanzierung der weiteren für das Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren ausgebrachten Planstellen.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	5,0	5,0
			0,0	

Erläuterungen:

Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes einer Justizoberwachtmeisteranwärterin / eines Justizoberwachtmeisteranwärters (Anw. LG 1.1).

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.624,0	1.782,0
			1.837,7	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund bedarfsgerechter Umwandlung einer Stelle für eine Justizhelferin / einen Justizhelfer -Entgeltgruppe E4, Tarifbeschäftigte/-r- in eine Planstelle für eine Erste Justizhauptwachtmeisterin / einen Ersten Justizhauptwachtmeister - Bes. Gruppe A6 LG 1.1- (vgl. Stellenplan Tit. 422 01). Darüber hinaus mehr insbesondere zur Finanzierung der weiteren für das Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren ausgebrachten Stellen.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	6,0	6,0
			4,7	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	330,0
			303,5	

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2017 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	80.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	93.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	120.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	25.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	3.000
7.	Unterhaltung von Geräten	2.000
8.	Sonstiges	5.000
Summe		330.000

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	10,0	10,0
			9,0	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Tatsächlicher Bestand 01.02.2017
1. Kleintransporter	1	1	1
2. Selbstfahrer-PKW	2	2	2
Zusammen	3	3	3

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	25,0	28,0
			16,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

Darüber hinaus ab 2018 mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	5,0	5,0
			3,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 2 (Vorjahr 2) geleaste Fahrzeuge.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	10,0	12,0
			9,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Deutsche Richterakademie, Nordverbund, Komma, OLG Schleswig u.ä.)	9.000
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Einheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterinnen und -richter zu aktuellen Themen u.ä.)	2.000
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
Summe		12.000

Mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf (vgl. Pos. 1).

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0	0,0
			0,0	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 526 03

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,9	1,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	250,0 271,9	300,0
---------------	-----	---------------------------------	-----------------------	--------------

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018
		EUR
1.	Prozesskostenhilfe	165.000
2.	Zeugenentschädigungen	5.000
3.	Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren	126.000
4.	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	4.000
Summe		300.000

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

Anpassung an den erwarteten Bedarf im Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl von Asylverfahren.

527 01	051	Dienstreisen	2,0 1,4	2,0
---------------	-----	---------------------	-------------------	------------

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0 1,8	4,0
---------------	-----	--------------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0 0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,0 2,2	1,0
---------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------------	------------

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 811 01

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0	30,0
			55,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			30.000
	Summe			30.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			8,1	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			7.296,0	7.765,1
			7.201,0	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.403,0 1.091,3	1.203,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.403,0 1.091,3	1.203,0
41 - 49		Personalausgaben	6.632,0 6.515,9	7.042,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	634,0 621,1	693,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30,0 55,9	30,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 8,1	0,0
Gesamtausgaben			7.296,0 7.201,0	7.765,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.893,0 -6.109,7	-6.562,1

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.400,0	1.400,0
			1.443,9	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
			0,7	
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.402,0	1.402,0
			1.444,6	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	210,0	210,0
			141,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.462,7	5.475,0
			6.051,5	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.104,0	3.104,0
			3.436,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0
			5,5	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	338,0	335,6
			301,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Büromaterial	88.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	80.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	3.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	80.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	62.600
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	15.000
7.	Unterhaltung von Geräten	3.500
8.	Sonstiges	3.500
Summe		335.600

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt. 2,4 T€ weniger zur Finanzierung der Anmietung von zehn Besucherstellplätzen bei dem Sozialgericht Kiel übertragen nach Tit. 1220 - 518 92.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	7,0	7,0
			5,0	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Tatsächlicher Bestand 01.02.2017
1. PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1
Zusammen	1	1	1

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	26,5	26,5
			16,3	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 518 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0	3,0
			3,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	28,0	28,0
			23,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2018 EUR
1.		Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/WuStrau, Proberichtertagungen, Tagungen des gehobenen Dienstes u.ä.)		10.000
2.		Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung der Service-Einheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)		10.000
3.		Fortbildung der richterlichen Mediatoren (Güterichter)		5.000
4.		Gesundheitsmanagement		3.000
Summe				28.000

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. § 11 Sozialgerichtsgesetz.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
			1,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	130,0	120,0
			120,6	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 12	051	Entschädigungen für Sachverständige	3.050,0	3.150,0
			3.145,7	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 13	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.100,0	1.200,0
			1.163,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

527 01	051	Dienstreisen	5,0	5,0
			4,5	

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	97,5	100,0
			92,4	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 533 04

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Sozialgerichte.
Ab 2018 Anpassung an die neue Vertragslage nach Ausschreibung.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0	2,0
			2,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0	2,0
			4,1	

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	12,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

In 2017 veranschlagt für die Ausrichtung der Präsidentenkonferenz der Landessozialgerichte.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,5	1,5
			2,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1.500
Summe			1.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	10,0
			9,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		10.000
Summe			10.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			8,4	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			13.603,7	13.794,1
			14.539,5	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.402,0 1.444,6	1.402,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.402,0 1.444,6	1.402,0
41 - 49		Personalausgaben	8.788,7 9.635,1	8.801,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.805,0 4.886,1	4.983,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 9,9	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 8,4	0,0
Gesamtausgaben			13.603,7 14.539,5	13.794,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12.201,7 -13.094,9	-12.392,1

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	350,0 784,9	350,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapiterläuterung 0902. In 2016 wurde ein einmaliger Gerichtskostenvorschuss in Höhe von rd. 439,0 T€ eingezahlt.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0 36,9	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Zum Ist 2016 vgl. Erläuterungen bei Tit. 632 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			350,0 821,8	350,0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0	5,0
			3,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.273,0	1.273,0
			1.325,8	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	354,0	354,0
			397,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	52,0	52,0
			40,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Büromaterial	8.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	27.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	2.000
7.	Unterhaltung von Geräten	500
8.	Sonstiges	1.000
	Summe	52.000

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	6,0	6,0
			2,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0	6,0
			4,7	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Bundesfinanzakademie in Brühl, Norddeutsche Finanzrichtertage in Königslutter, Finanzrichtertage in Berlin u.ä.)	2.000
2.	Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen in Service-Einheiten, Fortbildung der Finanzrichter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)	3.000
3.	Gesundheitsmanagement	1.000
Summe		6.000

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	0,5	0,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	30,0	40,0
			44,7	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.
Anpassung an den erwarteten Bedarf.

527 01	051	Dienstreisen	2,0	2,0
			1,8	

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	0,0
			0,7	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	12,0	3,0
			0,0	

Erläuterungen:

In 2017 veranschlagt für die Ausrichtung der Präsidentenkonferenz der Finanzgerichte und des Bundesfinanzhofs und in 2018 veranschlagt für die Ausrichtung der Kostentagung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes bei dem Bundesfinanzhof und den Finanzgerichten.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerbe-träge	1,0	1,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauch-steuersachen beim Finanzgericht in Hamburg	80,0	80,0
			0,0	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 10. März 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 103). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Verfahren. Im Rahmen der Abrechnung 2015 ist bei dem Finanzgericht Hamburg ein einmaliger Erlösüberschuss aus mehreren Kernbrennstoffsteuerverfahren entstanden, der an die beteiligten Länder im Verhältnis ihrer erledigten Streitsachen verteilt wurde. Hierdurch hatte Schleswig-Holstein im Jahr 2016 keine Zahlung zu leisten, sondern konnte stattdessen eine Einnahme verbuchen (vgl. Ist 2016 bei Tit. 119 99).

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	10,0
			10,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2018
				EUR
1.		Ersatzbeschaffungen		10.000
		Summe		10.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	1.831,5	1.832,5
	1.831,4	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	350,0 821,8	350,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			350,0 821,8	350,0
41 - 49		Personalausgaben	1.632,0 1.726,6	1.632,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	109,5 94,8	110,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	80,0 0,0	80,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 10,0	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.831,5 1.831,4	1.832,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.481,5 -1.009,6	-1.482,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	13.500,0	14.000,0
			15.915,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.		Geldstrafen und Geldbußen	12.900.000
2.		Gerichtskosten	1.100.000
		Summe	14.000.000

Vgl. Kapiterläuterung 0902.
Anpassung an das erwartete Ist.

112 03	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0	500,0
			692,3	

Erläuterungen:

Der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	5,0	5,0
			0,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0
			58,5	

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 01	051	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	75,0	75,0
			65,6	

Erläuterungen:

Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutz-Strafsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war.
Der Ansatz ist geschätzt.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).
Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	

T€

Summe der Einnahmen

14.130,0
16.731,6

14.630,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Ausgaben				
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	20.936,6 23.160,0	21.720,4
Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.				
Erläuterungen:				
Mehr zur Finanzierung der zusätzlich ausgebrachten Planstellen, u.a. im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Staatsschutzdelikten (insbesondere aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) sowie zur Umsetzung des Beförderungspaketes.				
422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs- dienst	15,0 21,2	15,0
Erläuterungen:				
Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes von bis zu drei Justizoberwachmeisteranwärter/-innen (Anw. LG 1.1).				
427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	30,0 47,0	30,0
427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	3,0 2,1	3,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind ausschließlich Hausdienstvergütungen. In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachmeisterinnen bzw. Justizwachmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.				
427 05	051	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	20,0 19,6	20,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der vorhandenen Stelle für eine Praktikantin / einen Praktikanten auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen / Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).				
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.985,0 9.275,7	8.854,6
Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.				
Erläuterungen:				
Weniger aufgrund Umwandlung von drei Stellen der Entgeltgruppe E4 und einer Stelle der Entgeltgruppe E3 in Planstellen der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 für die Geschäftsstellen (Folgedienste) in den Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit der verbesserten Stellenausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (vgl. Stellenplan Tit. 422 01).				
453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0 18,5	30,0
459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4 0,4	0,4
Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902 - 459 03.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdienst (LG 2.1).				
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.010,0 997,6	1.010,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	400.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	120.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	300.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	100.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	50.000
7.	Unterhaltung von Geräten	20.000
8.	Sonstiges	10.000
Summe		1.010.000

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	45,0	45,0
			35,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	35.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	10.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		45.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Tatsächlicher Bestand 01.02.2017
1. Kleintransporter	1	1	1
2. PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1
3. Selbstfahrer-PKW	10	10	10
Zusammen	12	12	12

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	70,0	70,0
			52,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	18,0	18,0
			15,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 5 (Vorjahr 5) geleaste Fahrzeuge.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	10,0	10,0
			10,0	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	

T€

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Unterrichtsentschädigungen für die Referendarausbildung	8.000
2.	Unterrichtsentschädigungen für die Ausbildung von Anwärterinnen und Anwärtern der Laufbahngruppe 2.1	2.000
Summe		10.000

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	80,0	90,0
			104,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018
		EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	60.000
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	10.000
3.	Supervision für Staatsanwälte	10.000
4.	Supervision für Gerichtshilfe	5.000
5.	Gesundheitsmanagement	5.000
Summe		90.000

Die Veranschlagung ab 2018 berücksichtigt insbesondere den Mehrbedarf im Zusammenhang mit den Fortbildungsanforderungen nach § 9 Abs. 3, 4 der Landesverordnung über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein (Allgemeine Laufbahnverordnung - ALVO) vom 19. Mai 2009 (GVObI. Schl.-H. 236), zuletzt geändert durch Landesverordnung vom 3. August 2016 (GVObI. Schl.-H. S. 811).

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	8,0	8,0
			5,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 13	051	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	250,0	190,0
			153,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 14	051	Entschädigung für Sachverständige	5.000,0	4.800,0
			4.730,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	600,0	600,0
			593,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	130,0	130,0
			122,8	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018
		EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	20.000
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	80.000
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	30.000
Summe		130.000

533 01	051	Aufwendungen für Dienstverträge	90,0	110,0
			96,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pfortnerdienst.
Ab 2018 Anpassung an die neue Vertragslage nach Ausschreibung.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	8,0	8,0
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	5,5	3,4
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für evtl. interne Umzüge bei den Staatsanwaltschaften; der Ansatz ist geschätzt.

537 01	051	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	10,0	15,0
			21,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht beeinflussbare Ausgaben im Rahmen der Beförderung und Vorführung von Gefangenen.
Das Ist 2016 resultiert aus einmaligen Mehrausgaben der Staatsanwaltschaft Kiel; der Ansatz für 2018 ist geschätzt.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0	8,0
			7,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	7.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		8.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amtsanwaltsausbildung	0,0	0,0
			4,6	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung (Gesetz vom 14. Dezember 2006; GVOBl. Schl.-H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.

Die Höhe der Ist-Ausgaben ist abhängig von der Anzahl der Rechtspfleger, die für die Amtsanwaltsausbildung zugelassen werden. Im Jahr 2016 haben 2 Rechtspfleger (Zulassungsdatum 02.01.2015) am Studium II teilgenommen. Vor dem Hintergrund einer bedarfsgerechten Ausbildung wurden seit 2016 keine Rechtspfleger zur Amtsanwaltsausbildung zugelassen, so dass im Jahr 2018 keine Ausgaben anfallen werden.

632 02	051	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	32,0	34,0
			24,4	

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958, zuletzt geändert durch Vereinbarung vom 13. Juni 1995 werden die Personal- und Sachausgaben der Zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.

Das Ist 2016 entspricht der Abrechnung der tatsächlichen Ausgaben.

Die Veranschlagung für 2018 beruht auf dem Haushaltsvoranschlag des Justizministeriums des Landes Baden-Württemberg.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	70,0	75,0
			72,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

Anpassung an den erwarteten Bedarf.

681 02	051	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0	5,0
			1,9	

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener. Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 70.000 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der Bedarf ist geschätzt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	95,0	175,0
			170,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2018
				EUR
1. Ersatzbeschaffungen				175.000
Summe				175.000

Im Ist 2016 sind einmalig 98,0 T€ für Beschaffungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes bei der Staatsanwaltschaft Lübeck enthalten (Beginn im Jahr 2016).

In der Veranschlagung für 2018 sind insbesondere die Beschaffungsbedarfe von ergonomischen Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	

T€

noch zu 916 05

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			37.564,5	38.077,8
			39.766,1	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	14.055,0 16.666,0	14.555,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	75,0 65,6	75,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			14.130,0 16.731,6	14.630,0
41 - 49		Personalausgaben	30.020,0 32.544,5	30.673,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.342,5 6.947,5	7.115,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	107,0 103,2	114,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	95,0 170,9	175,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			37.564,5 39.766,1	38.077,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23.434,5 -23.034,5	-23.447,8

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.200,0	1.000,0
			1.003,1	
		Erläuterungen:		
		Anpassung an die Ist-Entwicklung		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5
			0,1	
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			20,7	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.200,5	1.000,5
			1.023,9	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	165,0	165,0
			126,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.600,0	2.602,0
			2.849,1	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung des Beförderungspaketes.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			1,1	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.730,0	1.730,0
			1.877,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	8,5	8,5
			3,8	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	350,0	345,0
			292,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2018
			EUR
1.		Büromaterial	66.000
2.		Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	65.000
3.		Druck- und Buchbindearbeiten	2.000
4.		Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	145.000
5.		Ersatzbeschaffung von Geräten	30.000
6.		Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000
7.		Unterhaltung von Geräten	20.000
8.		Sonstiges	5.000
Summe			345.000

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt. In 2018 weniger zur Finanzierung des Mehrbedarfs bei Tit. 525 02.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	50,0
			8,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

Ab 2017 ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	25,0	30,0
			23,7	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordsesholm, FHVD Altenholz u.ä.)	14.000
2.	Inhouse-Schulungen	10.000
3.	Gesundheitsmanagement	6.000
Summe		30.000

Die Veranschlagung berücksichtigt einen erhöhten Bedarf für Fortbildungsmaßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements (vgl. Pos. 3).

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	2.500,0	2.200,0
			2.175,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018
		EUR
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	2.100.000
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55.000
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44.000
4.	Sonstige Auslagen	1.000
Summe		2.200.000

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

527 01	051	Dienstreisen	12,0	12,0
			14,8	

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	260,0	220,0
			47,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für externe Kräfte zur Eingangssicherung der Arbeitsgerichte. Die Eingangssicherung ist u.a. von baulichen Maßnahmen (Sicherheitsschleusen) abhängig. Diese haben sich verzögert, so dass im Jahr 2016 der Ansatz nicht ausgeschöpft wurde. Ab 2018 Anpassung nach Ausstattung der Arbeitsgerichte Lübeck und Neumünster; darüber hinaus Veranschlagung unter Berücksichtigung der neuen Vertragslage nach Ausschreibung.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	4,0	4,0
			1,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 02	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4,0	4,0
			1,3	

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	
546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0	2,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:	0,8	
				2018
				EUR
		1. Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		2.000
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		0
		Summe		2.000
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
684 01	051	An Vereine und Verbände	0,3	0,3
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.	0,3	
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:	9,3	
				2018
				EUR
		1. Ersatzbeschaffungen		10.000
		Summe		10.000
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.	23,5	
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.	0,0	
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Ausgaben			7.721,8	7.383,8
			7.456,8	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.200,5 1.003,2	1.000,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 20,7	0,0
Gesamteinnahmen			1.200,5 1.023,9	1.000,5
41 - 49		Personalausgaben	4.503,5 4.857,4	4.505,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.208,0 2.566,3	2.868,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,3 0,3	0,3
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 9,3	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 23,5	0,0
Gesamtausgaben			7.721,8 7.456,8	7.383,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.521,3 -6.432,9	-6.383,3

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Das Kapitel 09 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

61 Hanse-Office in Brüssel

Ausgaben

61 Hanse-Office in Brüssel

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 02	011	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 3,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel, vgl. Kapitelvermerk.		
231 01	011	Kostenbeteiligung des Bundes an der Entwicklung und Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Pflege und der Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 541 02 zur Verfügung.		
271 03	011	Erstattungen der EU im Rahmen des INTERREG-Ostseeprogrammes für die Koordinierung des Schwerpunktbereichs Kultur der EU-Ostsee-Strategie	100,0 0,0	100,0
		Erläuterungen:		
		In der EFRE-Förderperiode 2014-2020 steht das INTERREG-Ostseeprogramm für die Förderung der EU-Ostsee-Strategie zur Verfügung. Zur Unterstützung der Koordinatoren aller Schwerpunktbereiche und "Horizontalen Aktionen" stehen 8 Mio. EUR über die gesamte Förderperiode zur Finanzierung bestimmter Sach- und Personalkosten zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur übernommen. Vorrangige Ziele des Schwerpunktbereichs Kultur sind Förderung und Visualisierung der Kultur und Kreativwirtschaft des Ostseeraums, Erhalt und Sichtbarmachung des kulturellen Erbes des Ostseeraums, Stärkung der kulturellen Identität des Ostseeraums sowie die Weiterentwicklung des Netzwerks der Kulturkooperation im Ostseeraum. Für Schleswig-Holstein ergibt sich hieraus die Möglichkeit der ostseeweiten Positionierung von schleswig-holsteinischer Kultur, kulturellem Erbe und Kreativwirtschaft sowie deren Akteuren durch Einbeziehung in die Aktivitäten des Schwerpunktbereichs Kultur. Das MJEVG hat die Federführung für die Antragstellung beim INTERREG-Ostseeprogramm übernommen. Veranschlagt sind die Einnahmen, die ab 2016 aufgrund der gemeinsamen Koordinierungsfunktion aus Fördermitteln des INTERREG Ostseeprogramms von der EU erstattet werden. Die für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei den Tit. 533 03, 541 03 und 676 03 zur Verfügung.		
271 04	011	Erstattungen der EU im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	0,0 0,0	19,5
		Erläuterungen:		
		Mehreinnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. 527 01, 541 04 und 981 01 zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner im Projekt "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Das Projekt zielt auf die Stärkung von transnationaler Zusammenarbeit und Innovation im Bereich nachhaltiger Energie-Cluster bzw. darauf ausgerichteter, bedarfsgerechter regionaler Innovations- und Internationalisierungsstrategien ab. Das unter Führung der Kommune Aalborg stehende Projekt hat nach Annahme durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen; die Gesamtprojektlaufzeit ist bis April 2020 vorgesehen. Veranschlagt sind die ab 2018 aus den Fördermitteln des INTERREG Nordseeprogramms erstatteten und durch die Kommune Aalborg weitergeleiteten, auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Einnahmeanteile, einschließlich der für das MWVATT bestimmten Beträge (vgl. dazu Tit. 981 01).		
282 01	011	Kostenbeteiligung Dritter an Veranstaltungen	0,0 5,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 02 zu verwenden.		

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
<p>61 Hanse-Office in Brüssel</p> <p>Erläuterungen: Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen können für Mehrausgaben in der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) verwendet werden.</p> <p>Siehe Erläuterungen bei TG 61 Ausgaben.</p>				
119 61 (TG 61)	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.</p>				
124 61 (TG 61)	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	75,2 74,5	75,2
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Untervermietung (Kaltmiete plus Nebenkosten) von Diensträumen des Hanse-Office im Gebäude Avenue Palmerston 24, 1000 Brüssel an Dritte, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).</p>				
232 61 (TG 61)	011	Erstattungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg	336,8 313,8	336,8
<p>Erläuterungen: Veranschlagt ist der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil für die gemeinsame Dienststelle (50 % der Gesamtausgaben).</p>				
359 61 (TG 61)	851	Entnahme aus der Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0 0,0	0,0
<p>Erläuterungen: Vgl. Vermerk Titelgruppe 61 und Tit. 919 61 (TG 61).</p>				
Summe der Titelgruppe 61			412,0 388,3	412,0
Summe der Einnahmen			512,0 396,3	531,5

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

Ausgaben

526 09	011	Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten	6,0 1,9	6,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben für Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Pflege der Partnerschaften des Landes Schleswig-Holstein im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der französischen Partnerregion Pays de la Loire.				
527 01	011	Reisekosten im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	10,0 0,0	9,0
Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 541 04 bzw. 981 01 verwendet werden.				
Erläuterungen:				
Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Reisekosten von am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MJEVG, vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 541 04 und 981 01.				
529 10	011	Für Repräsentationsaufgaben in Europaangelegenheiten	12,0 13,3	12,0
Erläuterungen:				
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
533 03	011	Für externe Dienstleistungen im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	43,2 51,1	43,2
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 541 03 und 676 03 verwendet werden. Aus haushaltssystematischen Gründen mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 671 03.				
Erläuterungen:				
Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Veranschlagt für die Beauftragung eines externen Dienstleisters, der auf schleswig-holsteinischer Seite bestimmte Aufgaben (u.a. für die Projektsassistenten in den Bereichen Projektentwicklung, Projektgenerierung, Organisation von Veranstaltungen und Workshops sowie Öffentlichkeitsarbeit) übernimmt, vgl. Tit. 271 03, 541 03 und 676 03.				
541 01	011	Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	10,0 10,0	10,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes und den strategischen Partnerschaften mit der Europäischen Kommission.				
541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	45,0 44,8	70,0
Zusätzliche Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 282 01 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der regionalen Partnerschaften und der freundschaftlichen Beziehungen im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de la Loire. Des Weiteren können Ausgaben für die zielgruppenorientierte Kommunikation der Beteiligung des Landes an den INTERREG B Programmen Ostsee und Nordsee und an INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie im Zusammenhang mit der Kulturpriorität der EU-Strategie geleistet werden. Mehr für die Ausrichtung einer zweitägigen Sitzung von Vorstand und Arbeitsgruppen der Nordseekommission (NSC) in Schleswig-Holstein sowie für die weitere Stärkung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit in der Kooperation "Jütland-Korridor".				
541 03	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	21,3 4,8	21,3

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 541 03

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 676 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Veranschlagt sind in diesem Zusammenhang in Schleswig-Holstein entstehende Sachausgaben, insbesondere für Durchführung und Organisation von Veranstaltungen, Fach- und Projektworkshops, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 676 03.

541 04	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	25,0 0,0	20,0
---------------	-----	---	--------------------	-------------

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 981 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Sachkosten des MJEVG für die Ausrichtung von Arbeitstreffen aller Projektpartner und von Arbeitsgruppen in Schleswig-Holstein sowie für die Durchführung von Veranstaltungen, Workshops etc., vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 527 01 und 981 01.

632 03	011	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	80,0 96,3	70,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anteile des Landes an den Ausgaben für den Betrieb der "Schleswig-Holstein-Büros Baltikum" mit Sitz in Tallinn und Außenstellen in Riga und Vilnius sowie des Hanse-Office in Kaliningrad. In 2016 höhere Ausgaben im Zusammenhang mit organisatorischen Veränderungen beim Betrieb des Hanse-Offices in Kaliningrad. In 2018 weniger, da für die Fortführung des mittlerweile eingestellten Betriebs des Hanse-Office in Danzig bislang kein geeigneter neuer örtlicher Träger gefunden werden konnte.

632 04	011	Kostenanteil für die Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes	5,0 0,0	5,0
---------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes (vormals: INTERREG C). Grundlage für die Kostenbeteiligung ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern. In der laufenden INTERREG Förderperiode 2014 - 2020 wurden erste Projekte erst im Februar 2016 genehmigt. Kosten für Prüfaufgaben, die vom Land hätten übernommen werden können, sind daher bisher nicht angefallen. Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

632 09	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union	18,3 16,8	18,3
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union sind im Haushalt des Staatsministeriums Baden-Württemberg veranschlagt. Nach dem Länderabkommen vom 27. Oktober 1988 in der Neufassung vom 24. Oktober 1996 erstatten die anderen Länder dem Land Baden-Württemberg unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels den auf sie entfallenden Anteil am tatsächlichen Aufwand für die Beobachtertätigkeit.

671 01	011	Kostenanteile für die Gemeinsamen Technischen Sekretariate im Rahmen der Programme INTERREG B, INTERREG Europe und INTERACT	56,0 54,1	56,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Verwaltungskosten (Technische Sekretariate) der INTERREG B-Programme für den Ostseeraum und für den Nordseeraum sowie für das Programm INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie für das INTERACT-Programm. Grundlage für die Kostenbeteiligungen bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern.

671 02	011	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG Europe, der politischen Kooperation "STRING" sowie mit regionalen Partnern im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen des Landes	56,5 44,5	56,5
---------------	-----	--	---------------------	-------------

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 671 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Partnern an den mit EU-Mitteln finanzierten Projekten der INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramme und von INTERREG Europe, zur Förderung von Projekten im Rahmen der STRING-Kooperation und zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen mit regionalen Partnern in den Ländern Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Polen, den Baltischen Staaten, den Niederlanden und mit Kaliningrad / Nordwestrussland. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Ostsee- und Nordseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie).

671 03	011	Für externe Dienstleistungen im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	0,0	0,0
			0,0	

Aus haushaltssystematischen Gründen mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 03.

671 04	011	Erstattung an das Nordkolleg Rendsburg	33,1	69,0
			33,1	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 0740 - 671 01 (MG 13).

Erläuterungen:

33,1 T€ übertragen von Tit. 0740 - 671 01 (MG 13).

Veranschlagt für Erstattungen an das Nordkolleg Rendsburg für den Betrieb des Ars Baltica Sekretariats. Derzeit koordiniert das Ars Baltica Sekretariat fünf multilaterale, ostseeweite Projekte. Die im Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Netzwerkaktivitäten - insbesondere im Bereich "Social Media" - sind mit erheblichem, zusätzlichem Aufwand verbunden. Die Erhöhung der Veranschlagung dient der Sicherung der hohen Qualität der vorgenannten Aktivitäten. Die zusätzlichen Mittel stehen für die in diesem Zusammenhang erhöhten Reise-, Sach- und Personalkosten zur Verfügung.

676 01	011	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation	74,0	74,0
			74,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung des Sekretariats der STRING-Kooperation (Personal- und Sachkosten).

676 03	011	Erstattungen an europäische Partner im Rahmen der gemeinsamen Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	35,5	35,5
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 541 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Das MJEVG hat die Federführung für die Antragstellung beim INTERREG-Ostseeprogramm übernommen, das in der Förderperiode 2014 - 2020 eine Finanzierung bestimmter im Zusammenhang mit der Koordinierung der Schwerpunktbereiche der EU-Ostseestrategie stehender Sach- und Personalausgaben gewährt. Veranschlagt für die Erstattung der auf polnischer Seite entstandenen Kosten, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 541 03.

684 05	011	Beiträge an die Nordseekommission und an die "Konferenz der peripheren Küstenregionen" (KPKR)	40,0	40,0
			39,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Landes in der Nordsee-Kommission und in der "Konferenz der peripheren Küstenregionen" zur Stärkung der Schleswig-Holsteinischen Position, insbesondere in Angelegenheiten der "Europäischen Meerespolitik".

684 06	011	Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	65,0	65,0
			65,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle von Europa-Union, Europäische Bewegung, Junge Europäische Föderalisten (Landesverbände Schleswig-Holstein).

684 08	011	Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire	6,8	6,8
			6,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Partnerschaftsprojekten mit der französischen Region Pays de la Loire auf den vereinbarten Gebieten Austausch, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Kultur, erneuerbare Energien und Umwelt, Meerespolitik.

684 09	011	Förderung der Academia Baltica	50,0	50,0
			50,0	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 684 09

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der Academia Baltica (Personal- und Sachkosten).

685 01	011	Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit	18,0 33,9	18,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit. Hohes Ist in 2016 wegen Initiierung eines einjährigen Projektes, in dem vorhandene Strukturen für Beratungsangebote für die Kommunen in Schleswig-Holstein zu Fördermöglichkeiten und Rechtsetzungsvorhaben der EU mit dem Ziel der Optimierung bestehender Beratungsstrukturen untersucht und bewertet worden sind.

981 01	011	Verrechnung zu Gunsten des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) im Zusammenhang mit der Beteiligung am INTERREG V B Nordsee-Projekt "Northern Connections"	0,0 0,0	8,5
---------------	-----	---	-------------------	------------

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 541 04 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind die auf das MWVATT entfallenden Erstattungsanteile (vgl. 0601-381 01) der bei Tit. 271 04 vereinnahmten Beträge, vgl. dazu Kapitelvermerk und Tit. 527 01 und 541 04.

61 Hanse-Office in Brüssel

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen der TG 61 können für Mehrausgaben der TG 61 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ihre Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in einem Staatsvertrag geregelt (GVOBl. Schl.H. 2005, S. 536). Das Hanse-Office (HO) in Brüssel wird in der Rechtsform einer gemeinsamen Dienststelle geführt.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Finanzen des Hanse-Office ist gem. Artikel 6 des Abkommens (GVOBl. 2006, S. 14) das Land Schleswig-Holstein federführend verantwortlich.

Der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil von 50% der Gesamtausgaben ist als Einnahme bei Tit. 232 61 (TG 61) veranschlagt.

427 61 (TG 61)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,0 0,0	1,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Entgelte für vorübergehend zu beschäftigende Ortskräfte als Vertretungs- und Aushilfskräfte.

428 61 (TG 61)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	260,0 246,1	260,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für fünf Ortskräfte (4 Verwaltungskräfte, 1 Hausmeister) einschließlich aller nach belgischem Recht zu zahlenden Abgaben. Die Entgelte für das aus Schleswig-Holstein entsandte Personal sind im Kapitel 0901 veranschlagt.

443 61 (TG 61)	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2,9 2,0	2,9
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für eine nach belgischem Recht vorzuhaltende Unfallversicherung für die Ortskräfte.

511 61 (TG 61)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67,0 67,7	67,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Geschäftsbedarf (Arbeitsmittel, Bücher, Zeitungen u.ä.) sowie die Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen einschl. Telekommunikation.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
517 61 (TG 61)	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (ohne GMSH)	78,0 71,4	78,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist die Bewirtschaftung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Diensträume in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).		
		Veranschlagt sind:		
				2018
				EUR
		1. Heizung		0
		2. Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf		20.000
		3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung		50.000
		4. Alarmanlage		3.000
		5. Gebäudeversicherungen		4.300
		6. Sonstiges		700
		Summe		78.000
518 61 (TG 61)	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	255,3 252,7	255,3
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des Hanse-Office in Brüssel in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, 1000 Brüssel, vgl. hierzu auch Tit.124 61 (TG 61) und die Miete für die zum Dienstbetrieb erforderlichen Geräte (u.a. Kopiergerät).		
		Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:		
		Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
		1. Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten	Hanse-Office, Avenue Palmerston 20	748 qm
		2. Büroräume	Hanse-Office, Avenue Palmerston 24 davon 260 qm untervermietet	340 qm
				1.088 qm
519 61 (TG 61)	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5,2 15,8	5,2
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt ist die laufende Unterhaltung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Gebäude in der Avenue Palmerston 20 und 24.		
525 61 (TG 61)	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	1,0 0,0	1,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter/-innen des Hanse-Office einschl. Reisekosten, wenn diese im Zusammenhang mit einer Fortbildung stehen.		
526 61 (TG 61)	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä., Gerichts- und ähnliche Kosten, ärztliche Untersuchungen, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,6 0,0	0,6
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Rechts- und Beratungskosten sowie die Kosten für ärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.		
527 61 (TG 61)	011	Dienstreisen	15,0 13,2	15,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Reisekosten für Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.		
529 61 (TG 61)	011	Verfügungsmittel für Repräsentationszwecke	3,9 2,0	3,9

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	

noch zu 529 61

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

533 61 (TG 61)	011	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	0,6 0,4	0,6
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung und den sicherheitstechnischen Arbeitsschutz der Ortskräfte.

535 61 (TG 61)	011	Kosten für Veranstaltungen und Informationen	55,0 43,4	55,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen, Workshops, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen des Hanse-Office.

546 61 (TG 61)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	1,0 0,3	1,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

812 61 (TG 61)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von beweglichen Sachen mit einem Anschaffungswert im Einzelfall von über 5.000 €.

919 61 (TG 61)	851	Zuführung an die Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) sowie bis zur Höhe der nicht für zusätzliche Ausgaben verwendeten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61	746,5 715,0	746,5
---------------------------------	-----------------------	--------------

Summe der Ausgaben	1.457,2 1.354,8	1.510,6
---------------------------	---------------------------	----------------

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017	Soll 2018
			Ist 2016	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	75,2 77,5	75,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	436,8 318,8	456,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			512,0 396,3	531,5
41 - 49		Personalausgaben	263,9 248,1	263,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	655,1 592,8	674,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	538,2 513,9	564,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	8,5
Gesamtausgaben			1.457,2 1.354,8	1.510,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-945,2 -958,5	-979,1

09 40 Kulturförderung

Das Kapitel 09 40 ist nach Kapitel 07 40 übertragen worden.

09 41 Kirchenangelegenheiten

Das Kapitel 09 41 ist nach Kapitel 07 41 übertragen worden.

09 42 Landesarchiv

Das Kapitel 09 42 ist nach Kapitel 07 42 übertragen worden.

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Das Kapitel 09 43 ist nach Kapitel 07 43 übertragen worden.

09 44 Archäologisches Landesamt

Das Kapitel 09 44 ist nach Kapitel 07 44 übertragen worden.

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Das Kapitel 09 45 ist nach Kapitel 07 45 übertragen worden.

09 46 Erwachsenenbildung

Das Kapitel 09 46 ist nach Kapitel 07 46 übertragen worden.

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2018

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2018		10,2	255,3			265,5
		2017		10,2	255,3			265,5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2018		149.882,0				149.882,0
		2017		149.803,9				149.803,9
09 03	Justizvollzugsanstalten	2018		1.635,0	30,0			1.665,0
		2017		1.632,0				1.632,0
09 04	Gerichte der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	2018		1.203,0				1.203,0
		2017		1.403,0				1.403,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2018		1.402,0				1.402,0
		2017		1.402,0				1.402,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2018		350,0				350,0
		2017		350,0				350,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2018		14.555,0	75,0			14.630,0
		2017		14.055,0	75,0			14.130,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2018		1.000,5				1.000,5
		2017		1.200,5				1.200,5
09 11	Europaangelegenheiten	2018		75,2	456,3			531,5
		2017		75,2	436,8			512,0
09 40	Kulturförderung	2018						0,0
		2017						0,0
09 41	Kirchenangelegenheiten	2018						0,0
		2017						0,0
09 42	Landesarchiv	2018						0,0
		2017						0,0
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	2018						0,0
		2017						0,0
09 44	Archäologisches Landesamt	2018						0,0
		2017						0,0
09 45	Landesamt für Denkmalpflege	2018						0,0
		2017						0,0
09 46	Erwachsenenbildung	2018						0,0
		2017						0,0
	Summe Haushalt	2018		170.112,9	816,6			170.929,5
	Summe Haushalt	2017		169.931,8	767,1			170.698,9
	mehr(+)/weniger(-)		0,0	+181,1	+49,5	0,0	0,0	+230,6

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
40.726,9	1.248,4		3.731,6		565,0		46.271,9	2018	09 01
39.616,6	1.194,2		3.304,6		28,0		44.143,4	2017	
134.257,5	113.493,1		10.467,8		754,0		258.972,4	2018	09 02
136.574,8	115.521,5		5.638,6		783,3		258.518,2	2017	
38.867,5	12.578,0		6.841,5		757,0		59.044,0	2018	09 03
37.728,0	11.628,0		7.241,5		720,9		57.318,4	2017	
7.042,1	693,0				30,0		7.765,1	2018	09 04
6.632,0	634,0				30,0		7.296,0	2017	
8.801,0	4.983,1				10,0		13.794,1	2018	09 05
8.788,7	4.805,0				10,0		13.603,7	2017	
1.632,0	110,5		80,0		10,0		1.832,5	2018	09 06
1.632,0	109,5		80,0		10,0		1.831,5	2017	
30.673,4	7.115,4		114,0		175,0		38.077,8	2018	09 08
30.020,0	7.342,5		107,0		95,0		37.564,5	2017	
4.505,5	2.868,0		0,3		10,0		7.383,8	2018	09 09
4.503,5	3.208,0		0,3		10,0		7.721,8	2017	
263,9	674,1		564,1			8,5	1.510,6	2018	09 11
263,9	655,1		538,2				1.457,2	2017	
							0,0	2018	09 40
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 41
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 42
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 43
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 44
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 45
							0,0	2017	
							0,0	2018	09 46
							0,0	2017	
266.769,8	143.763,6		21.799,3		2.311,0	8,5	434.652,2	2018	
265.759,5	145.097,8		16.910,2		1.687,2		429.454,7	2017	
+1.010,3	-1.334,2	0,0	+4.889,1	0,0	+623,8	+8,5	+5.197,5		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2018

-263.722,7

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2017

-258.755,8

09 **Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung**
Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2018

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2018	2019	2020	2021	2022 ff.
		T€					
09 01	Ministerium	3.668,0	917,0	917,0	917,0	917,0	
09 03	Justizvollzugsanstalten	2.502,0	2.502,0				
	Summe des Einzelplans	6.170,0	3.419,0	917,0	917,0	917,0	

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 01	Ministerium							
01	Gesundheitlicher Verbraucher- schutz	2018		0,7				0,7
		2017		0,7				0,7
02	Wirtschaftlicher und techni- scher Verbraucherschutz	2018		0,0	0,0			0,0
		2017		0,0	0,0			0,0
03	Förderung der Gleichstellung	2018		0,5				0,5
		2017		0,5				0,5
09 11	Europaangelegenheiten							
61	Hanse-Office in Brüssel	2018		75,2	336,8		0,0	412,0
		2017		75,2	336,8		0,0	412,0
	Summe Haushalt	2018		76,4	336,8		0,0	413,2
	Summe Haushalt	2017		76,4	336,8		0,0	413,2

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									
09 01	Ministerium								
01	Gesundheitlicher Verbraucherschutz								
	2018		91,7		10,6				102,3
	2017		81,7		10,6				92,3
02	Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz								
	2018		56,3		1.125,0				1.181,3
	2017		56,3		925,0				981,3
03	Förderung der Gleichstellung								
	2018		534,0		2.596,0		500,0		3.630,0
	2017		519,0		2.369,0		0,0		2.888,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
01	Straffälligenhilfe und Opferschutz								
	2018		95,0		2.055,0				2.150,0
	2017		95,0		2.055,0				2.150,0
06	Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem								
	2018		22,8						22,8
	2017		22,8						22,8
09 03	Justizvollzugsanstalten								
01	Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen								
	2018		1.605,0		5.445,0		255,0	0,0	7.305,0
	2017		1.580,0		5.445,0		150,0	0,0	7.175,0
02	Versorgung und Behandlung von Gefangenen								
	2018		8.945,0		441,5		397,0	0,0	9.783,5
	2017		8.040,0		741,5		485,9	0,0	9.267,4
09 11	Europaangelegenheiten								
61	Hanse-Office in Brüssel								
	2018	263,9	482,6				0,0	0,0	746,5
	2017	263,9	482,6				0,0	0,0	746,5
Summe	2018	263,9	11.832,4		11.673,1		1.152,0	0,0	24.921,4
Summe	2017	263,9	10.877,4		11.546,1		635,9	0,0	23.323,3

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 09 01 Ministerium	106
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	113
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	120
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	125
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	130
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	133
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	134
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	139
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	142
Hebungen 2018	144
Umwandlungen 2018	145
Übertragungen 2018	146
kw-Vermerke	148
Neue Stellen 2018	152
Einsparungen 2018	155

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	5	5 ³⁾		
B2	Ministerialräte/-innen	6	5		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Ministerialräte/-innen	13	18		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	16	19		
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	8		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	5	6		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	15	16 ²⁾		
A12	Amtsräte/-innen	19	24		
A11	Regierungsamtänner/-frauen	9	10		
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	1	3		
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	0		
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	12	18 ¹⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	8	6		
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	2	1		
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	1	0		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/- innen	1	1		
Summe :		116	141	0	0

- 1) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet. (1 Amtszulage nach 0701-422 01 übertragen; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet (Änderung gem. Artikel 2 Nr. 15 f und 19 b LBModG).
- 3) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A16 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle- (aus HH 2015)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden, und zwar bis zu insgesamt 8 Planstellen. (aus HH 1992)

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordsee Programm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle A8 darf nur mit 75 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (25 % dürfen bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden) (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2017) (aus HH 2018)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	B5	1										0	Abteilungsleitung für die im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsverteilung neu eingerichtete Abteilung Verbraucherschutz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
2					1								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
3	B2				1							-1	nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
4	A16			1								+5	von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
5				1									von 0601-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
6				1									von 1001 - 42201 infolge der Änderung der Geschäftsverteilung
7					1								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
8						1							von Tit. 428 01 -E15Ü- (Personalentwicklung, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
9								2					von A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (Bedarfsgerechte Anpassung der Stellenzahl für Referatsleitungen, Umsetzung Beförderungspaket)
10	A15	1										+3	für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
11				2									von Titel 1301--422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
12				1									von 0601-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
13				2									von 1001 - 42201 infolge der Änderung der Geschäftsverteilung
14				1									Übertragen von 0301.00.422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
15					2								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
16									2				nach A16 -Ministerialräte/-innen- (Bedarfsgerechte Anpassung der Stellenzahl für Referatsleitungen, Umsetzung Beförderungspaket)
17	A14	2										+6	im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes i.R. der Stellenmittelfristplanung
18				1									von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
19				1									von Tit. 0903 - 422 01 -Justizvollzugsanstalten / A14 / Anstaltspfarrer/-innen- (Personalentwicklung, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
20								2					von A13 LG 2.2 -Regierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
21	A13 LG 2.2			3								+1	von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
22									2				nach A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
23	A13 LG 2.1			2								+1	von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
24					1								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
25	A12	1										+5	wegen Weiterung der Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Strafvollzuges i.R. der Stellenmittelfristplanung
26				1									von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
27				3									von 1001 - 42201 infolge der Änderung der Geschäftsverteilung
28	A11			1								+1	von 1001 - 42201 infolge der Änderung der Geschäftsverteilung
29					3								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
30						1							von Tit. 428 01 -E8- (Anpassung eines Arbeitsplatzes in der neuen Abteilung Verbraucherschutz an geänderte Aufgabenschnitte)
31								1					von A 9 LG 2.1 -Regierungsinspektoren/-innen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
32								1					von A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (Aufstieg aus LG 1.2 zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
33	A10			3								+2	von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
34					1								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
35								1					von A9 LG 2.1 nach A11 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
36									1				von A9 LG 2.1 nach A11 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
37	A9 LG 2.1			1								0	von Titel 1301-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
38									1				nach A11 -Regierungsamt männer/-frauen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
39	A9 LG 1.2	3										+6	für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
40		1											Vorzimmer/Assistenz für die im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsverteilung zusätzlich eingerichtete Abteilung Verbraucherschutz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
41				1									von 0601-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
42					1								nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
43								3					von A8 -Regierungshauptsekretäre/-innen- (für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz -zur Personalentwicklung-, Umsetzung Beförderungspaket)
44									1				nach A11 -Regierungsamtänner/-frauen- (Aufstieg in LG 2.1 zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
45	A8							1					-2 von A6 LG 1.2 -Regierungssekretäre/-innen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
46									3				nach A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz -zur Personalentwicklung-, Umsetzung Beförderungspaket)
47	A7				1								-1 nach 0701-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
48								1					von A6 LG 1.2 nach A8 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
49									1				von A6 LG 1.2 nach A8 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
50	A6 LG 1.2								1				-1 nach A8 -Regierungshauptsekretäre/-innen- (zur Personalentwicklung, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:		9		26	12	2		12	12			+25	

neue Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle A8 darf nur mit 75 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (25 % dürfen bei 0701-422 01 (aus HH 2018) in Anspruch genommen werden) (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2017)

Stellenanzahl

2017 2018

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1
E15 Ü	6	1
E15	8	9
E14	0	5
E13	1	2
E12	8	10
E11	11	14
E10	4	4
E9	9	11
E8	8	9
E6	7	5

Summe :

63 71

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/
Prüfstelle- (aus HH 2015)

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostsee Progr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordsee Progr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E12 (INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle) darf mit bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. Darüber hinaus darf die Stelle bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit mit einer/einem Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E8 besetzt werden. (aus HH 2015)

4 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)

1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2003)

1 Stelle E6 darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2006)

1 Stelle E6 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Tit. 1301-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E15 Ü				1							-5	nach 0701-42801; Änderung der Geschäftsverteilung
2							1						nach Tit. 422 01 -A16 / Ministerialräte/-innen- (Personalentwicklung, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
3											3		nach E15 (Bedarfsgerechte Anpassung der Stellenübersicht aufgrund Auslaufens des bisherigen Erfordernisses für die aus dem BAT mit E15Ü übergeleiteten Personalfälle)
4	E15			1								+1	von 0601-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
5					3								nach 0701-42801; Änderung der Geschäftsverteilung
6											3		von E15Ü (Bedarfsgerechte Anpassung der Stellenübersicht aufgrund Auslaufens des bisherigen Erfordernisses für die aus dem BAT mit E15Ü übergeleiteten Personalfälle)
7	E14	4										+5	zur Angleichung der Leitungsbereiche i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
8				1									von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
9	E13			2								+1	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
10					1								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
11	E12			3								+2	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
12					1								nach 0701-42801; Änderung der Geschäftsverteilung
13	E11			2								+3	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
14				1									von 1001 - 42801; Änderung der Geschäftsverteilung
15					3								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
16								2					von E10 (Geänderte tarifrechtliche Eingruppierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umsetzung Beförderungspaket)
17								1					von E6 (Geänderte tarifrechtliche Eingruppierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umsetzung Beförderungspaket)
18	E10			2								0	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
19									2				nach E11 (Geänderte tarifrechtliche Eingruppierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umsetzung Beförderungspaket)
20	E9			1								+2	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
21				1									von 0601-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
22	E8			1								+1	von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
23					2								nach 0701-42801; Änderung der Geschäftsverteilung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
24							1						nach Tit. 422 01 -A11 / Regierungsamt-männer/-frauen- (Anpassung eines Arbeitsplatzes in der neuen Abteilung Verbraucherschutz an geänderte Aufgabenzuschnitte)
25								3					von E6 (Geänderte tarifrechtliche Eingrup-pierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umset-zung Beförderungspaket)
26	E6			1									-2 von Titel 1301-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
27				1									von 1001 - 42801 infolge der Änderung der Geschäftsverteilung
28									1				nach E11 (Geänderte tarifrechtliche Eingrup-pierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umset-zung Beförderungspaket)
29										3			nach E8 (Geänderte tarifrechtliche Eingrup-pierung aufgrund neuer Aufgabenzuschnitte und komprimierter Aufgabeninhalte, Umset-zung Beförderungspaket)
Summe:		4		17	11		2	6	6	3	3	+8	

Beamte und Beamtinnen

B9	1	1
B5	5	5
B2	6	5
A16	13	18
A15	16	19
A14	2	8
A13 LG 2.2	5	6
A13 LG 2.1	15	16
A12	19	24
A11	9	10
A10	1	3
A9 LG 2.1	0	0
A9 LG 1.2	12	18
A8	8	6
A7	2	1
A6 LG 1.2	1	0
A6 LG 1.1	1	1
Summe [Beamte und Beamtinnen]:	116	141

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

AT B2	1	1
E15 Ü	6	1
E15	8	9
E14	0	5
E13	1	2
E12	8	10
E11	11	14
E10	4	4
E9	9	11
E8	8	9
E6	7	5
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:	63	71

Summe:

179 212

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen der jeweiligen Laufbahngruppe sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

ELEKTRONISCHER RECHTSVERKEHR / ELEKTRONISCHE AKTE

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz besteht ein zusätzlicher Personalbedarf. Dafür war zunächst in den Jahren ab 2015 eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten erforderlich. Die Schaffung zusätzlicher Planstellen erfolgt sukzessive ab dem Jahr 2016.

Im Kap. 0902 sind bei Tit. 422 01 zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften folgende Planstellen für eine Nutzung ausschließlich im Zusammenhang mit Personalbedarfen durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte ausgebracht:

- 1 Planstelle der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen-
- 7 Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen-
- 21 Planstellen der Bes.Gruppe A8 -Justizhauptsekretäre/-innen-

Darüber hinaus stehen die auf Grundlage der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung nach § 14 Abs. 19 HG 2017 in Planstellen der LG 2.1 und 1.2 sowie in Stellen für Tarifbeschäftigte im Haushaltsvollzug 2017 umgewandelten Anwärter/-innen-Stellen und Auszubildenden-Stellen (bis zu 15) ebenfalls zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung.

	Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
	2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R8 Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1		
R5 Präsident/-in des Landgerichts	3	3		
R4 Präsident/-in des Landgerichts	1	1		
R4 Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1		
R3 Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2		
R3 Vizepräsident/-in des Landgerichts	3	3		
R3 Vorsitzender Richter/-in am Oberlandesgericht	16	16		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R2 Vizepräsident/-in des Amtsgerichts	2	2 ²⁾		
R2 Vizepräsident/-in des Landgerichts	1	1 ³⁾		
R2 Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	60	60		
R2 Direktoren/-innen des Amtsgerichts	20	20 ¹⁾		
R2 Richter/-innen am Amtsgericht	39	39		
R2 Richter/-in am Oberlandesgericht	38	38		
R1 Direktoren/-innen des Amtsgerichts	1	1 ⁴⁾		
R1 Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	351	355		
A15 Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
A14 Oberregierungsräte/-innen	6	6		
A13 LG 2.1 Justizoberamtsräte/-innen	27	28 ⁷⁾		

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Justizamtsräte/-innen	118	125	
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	15	15	
A11	Sozialamt männer/-frauen	20	20	
A11	Justizamtsfrauen/-männer	161	161	
A10	Justizoberinspektoren/-innen	98	93	
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	37	37	
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	45	45	
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	176	180	5)
A9 LG 1.2	Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107	6)
A8	Gerichtsvollzieher/-innen	48	48	
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	158	161	
A7	Justizobersekretäre/-innen	161	161	
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	164	165	8)
Summe :		1.881	1.896	0 0

- 1) 18 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.
- 5) 54 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 7) 4 Stellen (Vorjahr: 2) sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 14 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet. (HH 2018: Anhebung um 2 Zulagenstellen zur Personalentwicklung im Rechtspflegedienst)
- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen	R1	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	(aus HH 2016)
3 Stellen	R1	am 31.12.2019	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
1 Stelle	A13 LG 2.1		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2017)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	im Zusammenhang mit der Übertragung einer ursprünglich flüchtlingsbedingt im Kap. 0904 -Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit / Asylverfahren- ausgebrachten kw-Stelle.	(aus HH 2018)
3 Stellen	A11	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	(aus HH 2016)
10 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

Vermerke:

- Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 11 besetzt werden. (aus HH 1979)
- 5 Richter/-innen am Oberlandesgericht -Bes.Gruppe R2- werden als Professoren/-innen auf Planstellen der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1998)
- 1 Stelle A9 LG 2.1 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R1	4										+4	zur Senkung der Belastungssituation im richterlichen Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit i.R. der Stellenmittelfristplanung
2	A13 LG 2.1			1								+1	von Tit. 0904 - 422 01 -Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit / A13 LG 2.2 / Justizoberamtsräte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, zus. Aufgabe wg. gepl. Zusammenlegung der Ausbildungslehrgänge für JuFa's und JOS-Anwärter/-innen)
3	A12	2										+7	Personeller Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
4								5				0	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst, Umsetzung Beförderungspaket)
5	A11							5				0	von A10 nach A12 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
6									5			0	von A10 nach A12 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
7	A10									5		-5	nach A12 -Justizamtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung im Rechtspflegerdienst, Umsetzung Beförderungspaket)
8	A9 LG 1.2	4										+4	Personeller Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit aufgrund der verbesserten Personalausstattung im richterlichen Bereich (Folgedienste) i.R. der Stellenmittelfristplanung
9	A8	3										+3	Personeller Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
10	A6 LG 1.1					1						+1	von Tit. 428 01 -E4- (zur Personalentwicklung, Verbeamtung Justizhelfer/-innen)
Summe:		13		1		1		10	10			+15	

neue Vermerke:*Planstellen künftig wegfallend:*

1 Stelle A13 LG am 31.12.2019 im Zusammenhang mit der Übertragung einer ursprünglich flüchtlings- (aus HH 2018)
2.1 bedingt im Kap. 0904 -Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit / Asylverfahren- ausgebrachten kw-Stelle.

weggefallene Vermerke:*Planstellen künftig wegfallend:*

10 Stellen A6 LG am 31.12.2018 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaus- (aus HH 2016)
1.1 halt 2016)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2017	2018
422 03			
Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Anw. LG 2.1	Rechtspflegeranwärter/-innen	75	90
Anw. LG 1.2	Justizobersekretäranwärter/-innen	60	80
Anw. LG 1.2	Gerichtsvollzieheranwärter/-innen	0	6
Anw. LG 1.1	Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen	6	6
Summe :		141	182

Planstellen künftig wegfallend:

- 15 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)
- 20 Stellen Anw. LG 1.2 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	15										+15	Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Rechtspflegerdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften)
2	Anw. LG 1.2	20										+20	Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Bereich der Serviceeinheiten (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften)
3	Anw. LG 1.2	6										+6	für die Übernahme von Justizfachangestellten (Tarifbeschäftigte) in den Vorbereitungsdienst zur Gerichtsvollzieherin / zum Gerichtsvollzieher (als Beamte/-innen auf Widerruf)
Summe:		41										+41	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 15 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)
- 20 Stellen Anw. LG 1.2 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl	
	2017	2018
427 05		
<i>Entgeltgruppe</i>		
Praktikant	2	2
Summe :	2	2

	Stellenanzahl	
	2017	2018
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E11	8	8
E10	4	4
E9	195	195
E8	275	275
E6	196	196
E4	39	38
E3	1	1
E2	4	4
Cheffahrer	1	1
PKW-Fahrer	4	4
Summe :	727	726

Stellen künftig wegfallend:

14 Stellen	E9	am 31.12.2019	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	(aus HH 2016)
10 Stellen	E4	am 31.12.2019	Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).	(aus HH 2018)

Vermerke:

1 Stelle	E10	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
169 Stellen	E9	dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6).	(aus HH 2013)
4 Stellen	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
3 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E4						1					-1	nach Tit. 422 01 -A6 LG 1.1 / Erste Justizhauptwachtmeister/-innen- (zur Personalentwicklung, Verbeamtung Justizhelfer/-innen)
Summe:							1					-1	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

10 Stellen	E4	am 31.12.2019	Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).	(aus HH 2018)
------------	----	---------------	--	---------------

Stellenanzahl
2017 2018

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub.	60	60
Summe :	60	60

Stellenanzahl
2017 2018

428 04

Bes.Gruppe

Anw. LG Referendare/-innen 2.2	677	662
-----------------------------------	-----	------------

Summe :	677	662
----------------	-----	------------

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2018	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2015)
-----------	-------------	---------------	--	---------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

13 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2019	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2016)
11 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2020	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2017)
5 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.08.2018	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Realisierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2018)
9 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.12.2018	Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	(aus HH 2018)
9 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.10.2018	Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	(aus HH 2018)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.06.2018	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Realisierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2018)

Planstellen gesperrt:

6 Stellen	Anw. LG 2.2	dürfen ab dem 01.06.2017 nicht besetzt werden (Deckung für § 8 Abs. 12 HG 2017).	(aus HH 2018)
-----------	-------------	--	---------------

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		12									-15	Realisierung kw-Vermerke "kw am 01.01.2017", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung bereits im HH 2017 erfolgt-
2			3										Realisierung kw-Vermerke "kw am 31.01.2017", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung im Vorgriff auf den Haushalt 2018 bereits in 2017 erfolgt-
Summe:			15									-15	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

9 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.10.2018	Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	(aus HH 2018)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.06.2018	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Realisierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2018)
5 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.08.2018	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Anrechnung auf Stelleneinsparvorgabe 2018, Realisierung erst zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2018)
9 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.12.2018	Einsparung i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	(aus HH 2018)

Planstellen gesperrt:

6 Stellen	Anw. LG 2.2	dürfen ab dem 01.06.2017 nicht besetzt werden (Deckung für § 8 Abs. 12 HG 2017).	(aus HH 2018)
-----------	-------------	--	---------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen der jeweiligen Laufbahngruppe sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	3 ³⁾		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	4	4		
A15	Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	3	3		
A14	Oberregierungsräte/-innen	10	13		
A14	Anstaltspfarrer/-innen	2	0		
A14	Leiter/-in Frauenvollzug	1	1		
A14 LG 2.1	Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	9	9		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	9	9 ⁴⁾		
A13 LG 2.1	Lehrkraft im Justizvollzugsdienst	7	8		
A12	Justizamtsräte/-innen	27	31		
A11	Sozialamt männer/-frauen	10	10		
A11	Justizamtsfrauen/-männer	14	20		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	11	5		
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	10	9		
A9 LG 2.1	Verwaltungsinspektoren/-innen	2	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	285	285 ¹⁾		
A9 LG 1.2	Justizbetriebsinspektoren/-innen	12	12 ²⁾		
A8	Hauptwerkmeister/-innen	11	11		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	435	435		
A7	Justizobersekretäre/-innen	0	0		
A7	Oberwerkmeister/-innen	0	0		
A6 LG 1.2	Verwaltungssekretäre/-innen	2	0		
Summe :		868	870	0	0

- 1) 84 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 2) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 2 Stellen (Vorjahr 1) der BesGr. A 16 ist mit einer Amtszulage gem. Vorbermerkung Nr. 5 zur SHBesO A und B ausgestattet.
(HH 2018: Anhebung um 1 Zulagenstelle zur Personalentwicklung in der LG 2.2)
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2019	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren - gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016	(aus HH 2017)
----------	-----------	---------------	---	---------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2015)
4 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)
6 Stellen	A8	am 31.12.2019	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)

Vermerke:

			Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden.	(aus HH 1980)
			Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen.	(aus HH 1987)
			Planstellen der LG 2.1 der Laufbahnzweige des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Planstellen der LG 1.2 der Laufbahnzweige des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Auf den Planstellen der LG 2.1 des Laufbahnzweiges des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
			Auf den Planstellen der LG 1.2 des Laufbahnzweiges des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
			Planstellen der Bes.Gr. A15 für Regierungsmedizinaldirektoren/-innen dürfen gem. § 49 Abs. 4 LHO zusätzlich auch mit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern besetzt werden, die als Ärztinnen oder Ärzte nach den Regelungen des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) eingruppiert sind.	(aus HH 2018)
9 Stellen	A10		Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/-innen) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden.	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A8		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14	2										+3	Erweiterter Stellenbedarf zur fluktuationsbedingt erforderlichen Einarbeitung neuer Mitarbeiter/-innen und zur Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben als Dozent/-innen i B.d. Ausbild. d. NWK im Justizvollzug i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
2						1							von A14 -Anstaltspfarrer/-innen- (für die künftige Besetzung mit einer/einem Islamwissenschaftler/-in) -vgl. Tit. 0903 - 533 10 (MG 02)-
3	A14				1							-2	nach Tit. 0901 - 422 01 -Ministerium / A14 / Oberregierungsräte/-innen- (Personalentwicklung, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf) -vgl. Tit. 0903 - 533 10 (MG 02)-
4							1						nach A14 -Oberregierungsräte/-innen- (für die künftige Besetzung mit einer/einem Islamwissenschaftler/-in) -vgl. Tit. 0903 - 533 10 (MG 02)-
5	A13 LG 2.1							1				+1	von A10 -Sozialoberinspektoren/-innen- (Personalbedarf Justizvollzugsschule Neumünster, Hebung aufgrund beabsichtigter Neubesetzung der Stelle mit Lehrkraft mit 2. Staatsexamen, Umsetzung Beförderungspaket) HRL Ziff 22.7 wurde beachtet
6	A12	4										+4	Erweiterter Stellenbedarf insbes. i.Z.m.d. Wahrnehmung v. Betreuungsaufgaben von in Hamburg untergebrachten Gefangenen mit angeordneter Sicherungsverwahrung sowie aufgrund höh. Anforderungen bei der Einarbeitung neuer MA i.R. der Stellenmittelfristplanung
7	A11							6				+6	von A10 -Justizoberinspektoren/-innen- (zur Personalentwicklung aufgrund gesteigener Anforderungen an Führungskräfte im Justizvollzug und durch Aufgabenverlagerungen aus der LG 2.2, Umsetzung Beförderungspaket)
8	A10								6			-6	nach A11 -Justizamtfrauen/-männer- (zur Personalentwicklung aufgrund gesteigener Anforderungen an Führungskräfte im Justizvollzug und durch Aufgabenverlagerungen aus der LG 2.2, Umsetzung Beförderungspaket)
9	A10								1			-1	nach A13 LG 2.1 -Lehrkraft im Justizvollzugsdienst- (Personalbedarf Justizvollzugsschule Neumünster, Hebung aufgrund beabsichtigter Neubesetzung der Stelle mit Lehrkraft mit 2. Staatsexamen, Umsetzung Beförderungspaket) HRL Ziff 22.7 wurde beachtet
10	A9 LG 2.1		1									-1	Realisierung kw-Vermerk, Nachvollziehung des zum 31.07.2017 realisierten Wegfalls der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte im Jahr 2014 ausgebrachten Planstelle
11	A6 LG 1.2		2									-2	Realisierung kw-Vermerke, Nachvollziehung des zum 31.07.2017 realisierten Wegfalls der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte im Jahr 2014 ausgebrachten Planstellen
Summe:		6	3		1	1	1	7	7			+2	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Vermerke:

Planstellen der Bes.Gruppe A15 für Regierungsmedizinaldirektoren/-innen dürfen gem. § 49 Abs. 4 LHO zusätzlich auch mit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern besetzt werden, die als Ärztinnen oder Ärzte nach den Regelungen des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) eingruppiert sind. (aus HH 2018)

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen A9 LG 1.2 am 31.12.2019 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)
- 6 Stellen A8 am 31.12.2019 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016) (aus HH 2016)

Stellenanzahl
2017 2018

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.1	Justizinspektoranwärter/-innen	6	10
Anw. LG 1.2	Justizhauptsekretäranwärter/-innen	43	87

Summe : 49 97

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.1	4										+4	Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Vollzugs- und Verwaltungsdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung im Bereich der Führungskräfte des Justizvollzuges)
2	Anw. LG 1.2	44										+44	Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung auch mit Blick auf die erw. Reduzierung der Arbeitszeit f. Wechselschichtdienstleistende)
Summe:		48										+48	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2017	2018
427 05			
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	Praktikant	2	2
	Summe :	2	2

		Stellenanzahl	
		2017	2018
428 01			
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	E13	1	1
	E12	1	1
	E10	3	3
	E9	3	3
	E8	32	32
	E7	3	3
	E6	8	8
	E5	3	3
	KR 7a	3	3
	Summe :	57	57

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E5 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens (aus HH 2004/2005)
am 01.07.2029

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Die fortbestehende Notwendigkeit der im Haushaltsvollzug 2017 aufgrund steigender Asylverfahrenszahlen eingerichteten Planstellen/Stellen (1 x R 2, 3 x R 1, 2 x E 9) wird im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 nachgewiesen. Die Notwendigkeit bemisst sich an anhaltend hohen Bestandszahlen im Bereich der Asylverfahren, die anderweitig nicht abgebaut werden können.

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Oberverwaltungsgericht					
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1 ⁴⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2	2		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		4	4	0	0
Verwaltungsgericht					
R4	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1		
R3	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	0	0		
Summe [Verwaltungsgericht]:		1	1	0	0
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Oberverwaltungsgericht					
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	9	10		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	2	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	2	2		
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amtmann	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	7	7 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4		
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	8	9 ³⁾		
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		37	38	0	0
Verwaltungsgericht					
R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	12	15		
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1 ¹⁾		

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

R1	Richter/-innen	33	42		
Summe [Verwaltungsgericht]:		46	58	0	0
Summe :		88	101	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R2	am 31.12.2019	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	R2	am 31.12.2019	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
3 Stellen	R1	am 31.12.2019	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
3 Stellen	R1	am 31.12.2019	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	am 31.12.2019	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)
2 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2019	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	A6 LG 1.1	am 31.12.2019	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2017)

Vermerke:

- Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)
- 3 Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht - Bes.Gruppe R2 - werden als Professoren/-innen auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1991)
- 1 Richter/-in am Verwaltungsgericht - Bes.Gruppe R1 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1983)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	R2	1										+1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] zur Verringerung der u.a. aufgrund der erstinstanzlichen Personalverstärkungen gestiegenen Bestandszahlen und Verfahrenslaufzeiten beim Oberverwaltungsgericht i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
2	A13 LG 2.1				1							-1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] nach Tit. 0902 - 422 01 -Ordentl. Gerichtsbar. / A13 LG2.2 / Justizoberamtsräte/-innen- (Anpassung a.d. tatsächl. Stellenbedarf, zus. Aufgabe wg. gepl. Zusammenlegung d. Ausbildungslehrg. f. JuFa's u. JOS-Anwärter/-innen)
3	A6 LG 1.1					1						+1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] von Tit. 428 01 -E4- (zur Personalentwicklung, Verbeamtung Justizhelfer/-innen)
Verwaltungsgericht													
4	R2	2										+3	[Stufe Verwaltungsgericht] für weitere Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
5		1											[Stufe Verwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. weitere Kammer am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Stellenübersicht Tit. 0902 - 428 04)
6	R1	6										+9	[Stufe Verwaltungsgericht] für weitere Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
7		3											[Stufe Verwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. weitere Kammer am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Stellenübersicht Tit. 0902 - 428 04)
Summe:		13			1	1						+13	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle R2 am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2016)
- 3 Stellen R1 am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2016)
- 2 Stellen A9 LG 1.2 am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2016)

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle A13 LG am 31.12.2018 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen (aus HH 2016)
2.1 Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt
möglich.

Stellenanzahl	
2017	2018

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG Justizoberwachmeisteranwärterin/-innen
1.1

1	1
---	---

Summe :

1	1
---	---

Stellenanzahl	
2017	2018

428 01

Entgeltgruppe

Oberverwaltungsgericht

E11

2	2
---	---

E9

8	14
---	----

E8

9	9
---	---

E6

19	19
----	----

E4

1	0
---	---

Summe [Oberverwaltungsgericht]:

39	44
----	----

Summe :

39	44
----	----

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E9 am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen (aus HH 2017)
Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt
möglich.

Vermerke:

Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

10 Stellen E9 (Vorjahr: 4) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). [Stufe Oberverwaltungsgericht] (aus HH 2013)
(HH 2018: Ausbringung von 6 weiteren Stellen der Entgeltgruppe E9 "kleine E9" i.Z.m. der Verstärkung der Serviceeinheiten (Folgedienste) aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses in Asylverfahren beim VG.)

3 Stellen E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden. [Stufe Oberverwaltungsgericht] (aus HH 2001)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	E9	4										+6	[Stufe Oberverwaltungsgericht] für Serviceeinheiten (Folgedienste) i.Z. der Einrichtung weiterer Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
2		2											[Stufe Oberverwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. Serviceeinheiten (Folgedienste) i.Z.m. weiterer Kammer am VG aufgr. d. flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Tit. 0902 - 428 04)
3	E4						1					-1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] nach Tit. 422 01 -A6 LG 1.1 / Erste Justizhauptwachmeister/-innen- (zur Personalentwicklung, Verbeamtung Justizhelfer/-innen)
Summe:		6					1					+5	

geänderte Vermerke

Vermerke:

10 Stellen E9 (Vorjahr: 4) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). [Stufe Oberverwaltungsgericht] (HH 2018: Ausbringung von 6 weiteren Stellen der Entgeltgruppe E9 "kleine E9" i.Z.m. der Verstärkung der Serviceeinheiten (Folgedienste) aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses in Asylverfahren beim VG.) (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

Bedarf an Beamtinnen und Beamten

FESTE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Landessozialgericht

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1 ¹⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3		
Summe [Landessozialgericht]:		5	5	0	0

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Landessozialgericht

R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	0	0		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	0	0		
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	2	2 ⁵⁾		
Summe [Landessozialgericht]:		19	19	0	0

Sozialgerichte

R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4 ³⁾		
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	6	7		
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	44	43		
A12	Justizamtsräte/-innen	2	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	2		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	4	4		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4 ⁴⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	5	5		
A7	Justizobersekretäre/-innen	2	2		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	3	3		
Summe [Sozialgerichte]:		77	77	0	0
Summe :		101	101	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen R1 am 31.12.2019 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

Vermerke:

1 Richter/-in am Landessozialgericht - Bes.Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt [Stufe Landessozialgericht] (aus HH 1984)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Sozialgerichte													
1	R2							1				+1	[Stufe Sozialgerichte] von R1 -Richter/-innen am Sozialgericht- (für weitere aufsichtführende Richter/-innen, Folgewirkung Änderung SHBesG, vgl. Art. 2 Nr. 4. b) Haushaltsbegleitgesetz 2017, Umsetzung Beförderungspaket)
2	R1								1			-1	[Stufe Sozialgerichte] nach R2 -Richter/-innen am Sozialgericht- (für weitere aufsichtführende Richter/-innen, Folgewirkung Änderung SHBesG, vgl. Art. 2 Nr. 4. b) Haushaltsbegleitgesetz 2017, Umsetzung Beförderungspaket)
3	A12							1				+1	[Stufe Sozialgerichte] von A11 -Justizamt-frauen/-männer- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
4	A11								1			-1	[Stufe Sozialgerichte] nach A12 -Justizamts-räte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								2	2			0	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen R1 am 31.12.2019 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle R1 darf mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2007/2008)

Die Nutzung dieser Planstelle war aus personalwirtschaftlichen Gründen (Rechtsanspruch auf Vollzeit) bisher nicht möglich, mit Wegfall des Freivermerks stünde damit effektiv eine - aufgrund der Belastungssituation dringend benötigte - weitere Planstelle für eine/-n Richter/-in der Sozialgerichtsbarkeit zur Verfügung.

Stellenanzahl

2017 2018

428 01

Entgeltgruppe

Landessozialgericht

E12	1	1
E9	2	2
E8	2	2

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	10	10
PKW-Fahrer	1	1
<hr/>		
Summe [Landessozialgericht]:	16	16
Sozialgerichte		
E8	4	4
E6	52	52
E3	4	4
<hr/>		
Summe [Sozialgerichte]:	60	60
<hr/>		
Summe :	76	76

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E6 am 31.12.2019 [Stufe Sozialgerichte] Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation (aus HH 2009/2010)

Vermerke:

1 Stelle E9 darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Landessozialgericht] (aus HH 2015)

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E6 am 31.12.2019 [Stufe Sozialgerichte] Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation (aus HH 2009/2010)

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2007/2008)

Wegfall erforderlich wegen Folgewirkung aufgrund des entsprechenden Wegfalls im richterlichen Bereich -vgl. Stellenplan Tit. 422 01- (Belastung Folgedienste).

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
	2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R5 Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1		
R3 Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1		
R3 Vorsitzender Richter/-in am Finanzgericht	3	3		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R2 Richter/-in am Finanzgericht	10	10		
R1 Richter/-in am Finanzgericht	1	1		
A13 LG 2.1 Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A12 Justizamtsräte/-innen	1	1		
A11 Justizamtsfrauen/-männer	1	1		
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	2	2		
A7 Justizobersekretäre/-innen	0	0		
Summe :	22	22	0	0

Vermerke:

1 Richter/-in am Finanzgericht - Bes. Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1984)

	Stellenanzahl	
	2017	2018
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E9	1	1
E8	1	1
E6	4	4
E5	0	0
Summe :	6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
R6	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1		
R4	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2		
R3	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4		6)
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
R2	Oberstaatsanwälte/-innen	31	32		1)
R1	Erste Staatsanwälte/-innen	12	12		8)
R1	Staatsanwälte/-innen	134	142		2)
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	4	10		7)
A13 LG 2.1	Oberamtsanwälte/-innen	30	30		4)
A12	Amtsanwälte/-innen	21	21		
A12	Justizamtsräte/-innen	17	17		
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	3	4		
A11	Sozialamt Männer/-frauen	5	4		
A11	Justizamtfrauen/-männer	19	16		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	12	12		
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	9	9		
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	6	3		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	50	57		3)
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	40	40		
A7	Justizobersekretäre/-innen	42	42		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	29	29		5)
Summe :		474	490	0	0

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 12 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 14 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 4 Stellen (Vorjahr: 2) sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet. (HH 2018: Anhebung um 2 Zulagenstellen zur Personalentwicklung von Amtsanwältinnen oder Amtsanwälden)
- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
- 6) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 (neu) zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) Sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A13 LG 2.1 gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder (aus HH 2017)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

1 Stelle A12

gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder

(aus HH 2017)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. 10 besetzt werden.

(aus HH 1979)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R2	1										+1	für die Staatsanwaltschaft beim schl.-holst. Oberlandesgericht aufgr. Folgebelastung a. d. Zuständigkeit d. Staatsanwaltschaft FL für Staatsschutzdelikte (insbes. aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
2	R1	2										+8	für die Staatsanwaltschaft beim LG FL i.Z.m. der § 74 a Abs. 1 des GVG folg. Zuständigkeit für die Bearbeitung von Staatsschutzdelikten (insbes. aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
3		4											wegen der Belastungssituation bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
4		2											besondere Personalbedarfe i.R. der Stellenmittelfristplanung
5	A13 LG 2.1							6				+6	von A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Anpassung der Stellenausstattung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften an die steigenden Anforderungen im Bereich der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, Umsetzung Beförderungspaket)
6	A12							6				0	von A11 nach A13 LG 2.1 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
7									6				von A11 nach A13 LG 2.1 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
8	A12							1				+1	von A11 -Sozialamt männer/-frauen- (Anpassung der Stellenausstattung im Sozialdienst - Gerichtshilfe- an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
9	A11									1		-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)- (Anpassung der Stellenausstattung im Sozialdienst -Gerichtshilfe- an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umsetzung Beförderungspaket)
10	A11							3				-3	von A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Strukturverbesserungen im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)
11										6			nach A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (Anpassung der Stellenausstattung im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften an die steigenden Anforderungen im Bereich der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, Umsetzung Beförderungspaket)
12	A10							3				0	von A9 LG 2.1 nach A11 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
13										3			von A9 LG 2.1 nach A11 (Abbildung gem. HRL Ziff. 22.7)
14	A9 LG 2.1									3		-3	nach A11 -Justizamtfrauen/-männer- (Strukturverbesserungen im Rechtspflegerdienst der Staatsanwaltschaften, Umsetzung Beförderungspaket)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
15	A9 LG 1.2	3										+7	Personeller Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (Folgedienste) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral von Tit. 428 01 -E4- (wg. personellem Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten -Folgedienste-) von Tit. 428 01 -E3- (wg. personellem Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten -Folgedienste-)
16						3							
17						1							
Summe:		12				4		19	19			+16	

Stellenanzahl

2017 2018

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG 1.1 Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen

3 3

Summe :

3 3

Stellenanzahl

2017 2018

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant

1 1

Summe :

1 1

Stellenanzahl

2017 2018

428 01

Entgeltgruppe

E12

2 2

E11

9 9

E10

1 1

E9

11 11

E8

24 24

E6

109 109

E5

6 6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E4	6	3
E3	1	0
Summe :	169	165

Vermerke:

- 7 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 2 Stellen E5 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E4						3					-3	nach Tit. 422 01 -A9 LG 1.2 / Justizamtsinspektoren/-innen- (wg. personellem Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten -Folgedienste-)
2	E3						1					-1	nach Tit. 422 01 -A9 LG 1.2 / Justizamtsinspektoren/-innen- (wg. personellem Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten -Folgedienste-)
Summe:							4					-4	

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

- 1 Stelle E3 darf nur zu 60% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. (aus HH 2007/2008)

Wegfall wg. Umwandlung der Stelle in eine Planstelle der Bes. Gruppe A 9 LG 1.2 aufgrund des personellen Mehrbedarfes in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten -Folgedienste- (vgl. Stellenplan Tit. 422 01)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	2018	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1 ¹⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4	0	0
Arbeitsgericht					
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4		
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18 ²⁾		
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	3		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	5	5		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4		
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37	0	0
Summe :		47	47	0	0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet [Stufe Landesarbeitsgericht].
 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet [Stufe Arbeitsgericht].

		Stellenanzahl	
		2017	2018
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
E11		1	1
E10		0	0
E9		2	3
E8		3	2
E6		5	5

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E5	0	0
Summe [Landesarbeitsgericht]:	11	11
Arbeitsgericht		
E9	2	2
E8	4	4
E6	23	23
Summe [Arbeitsgericht]:	29	29
Summe :	40	40

Vermerke:

- Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden.
(aus HH 2006)
- 2 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Arbeitsgericht].
(aus HH 2013)
- 1 Stelle E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6) [Stufe Landesarbeitsgericht].
(aus HH 2013)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesarbeitsgericht													
1	E9							1				+1	[Stufe Landesarbeitsgericht] von E8 (Hebung einer Stelle zur Unterstützung des hauptamtlichen IT-Referenten beim Landesarbeitsgericht, Umsetzung Beförderungspaket)
2	E8								1			-1	[Stufe Landesarbeitsgericht] nach E9 (Hebung einer Stelle zur Unterstützung des hauptamtlichen IT-Referenten beim Landesarbeitsgericht, Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								1	1			0	

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2018

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7 428 01 428 TG	8	9
09 01	Ministerium	2018	141	-	-	71	-	212
		2017	116	-	-	63	-	179
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2018	1.896	-	844	728	60	3.528
		2017	1.881	-	818	729	60	3.488
09 03	Justizvollzugsanstalten	2018	870	-	97	59	-	1.026
		2017	868	-	49	59	-	976
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2018	101	-	1	44	-	146
		2017	88	-	1	39	-	128
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2018	101	-	-	76	-	177
		2017	101	-	-	76	-	177
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2018	22	-	-	6	-	28
		2017	22	-	-	6	-	28
09 08	Staatsanwaltschaften	2018	490	-	3	166	-	659
		2017	474	-	3	170	-	647
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2018	47	-	-	40	-	87
		2017	47	-	-	40	-	87
Summe		2018	3.668	-	945	1.190	60	5.863
		2017	3.597	-	871	1.182	60	5.710

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2018

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2018	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2017		
-	-	-	-	-	2018		Summe
-	-	-	-	-	2017		

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Hebungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				
	A15	A16			2
	A13 LG 2.2	A14			2
	A10	A11			1
	A9 LG 2.1	A10			1
	A9 LG 1.2	A11			1
	A8	A9 LG 1.2			3
	A7	A8			1
	A6 LG 1.2	A7			1
			E10	E11	2
		E6	E11	1	
		E6	E8	3	
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
	A11	A12			5
	A10	A11			5
09 03	Justizvollzugsanstalten				
	A10	A13 LG 2.1			1
	A10	A11			6
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				
	R1	R2			1
	A11	A12			1
09 08	Staatsanwaltschaften				
	A12	A13 LG 2.1			6
	A11	A12			6
	A11	A12			1
	A10	A11			3
	A9 LG 2.1	A10			3
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit				
			E8	E9	1
Summe	50	50	7	7	57

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Umwandlungen 2018

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01	Ministerium						1 1
			E15 Ü E8	A16 A11			
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit						1
			E4	A6 LG 1.1			
09 03	Justizvollzugsanstalten						1
	A14			A14			
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit						1
			E4	A6 LG 1.1			
09 08	Staatsanwaltschaften						3 1
			E4 E3	A9 LG 1.2 A9 LG 1.2			
Summe	1	0	8	9	0	0	9

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Übertragungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
03 01	Ministerpräsident, Staatskanzlei				
nach 09 01	A15	A15			1
06 01	Allgemeines				
nach 09 01	A16 A15 A9 LG 1.2	A16 A15 A9 LG 1.2	E15 E9	E15 E9	1 1 1 1 1
09 01	Ministerium				
nach 07 01	B5 B2 A16 A15 A13 LG 2.1 A11 A10 A9 LG 1.2 A7	B5 B2 A16 A15 A13 LG 2.1 A11 A10 A9 LG 1.2 A7	E15 Ü E15 E13 E12 E11 E8	E15 Ü E15 E13 E12 E11 E8	1 1 1 2 1 3 1 1 1 1 3 1 1 3 2
09 03	Justizvollzugsanstalten				
nach 09 01	A14	A14			1
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit				
nach 09 02	A13 LG 2.1	A13 LG 2.1			1
10 01	Ministerium				
nach 09 01	A16 A15 A12 A11	A16 A15 A12 A11	E11	E11	1 2 3 1 1

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Übertragungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
			E6	E6	1
13 01	Ministerium				
nach 09 01					
	A16	A16			1
	A15	A15			2
	A14	A14			1
	A13 LG 2.2	A13 LG 2.2			3
	A13 LG 2.1	A13 LG 2.1			2
	A12	A12			1
	A10	A10			3
	A9 LG 2.1	A9 LG 2.1			1
			E14	E14	1
			E13	E13	2
			E12	E12	3
			E11	E11	2
			E10	E10	2
			E9	E9	1
			E8	E8	1
			E6	E6	1
Summe	39	39	28	28	67

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01 Ministerium							
422 01							
A16	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie die INTERREG B-Programme "Ostsee" und "Nordsee" (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) wird die Prüfbehörde bzw. Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt sein.
428 01							
E12	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie die INTERREG B-Programme "Ostsee" und "Nordsee" (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) wird die Prüfbehörde bzw. Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa angesiedelt sein.
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit							
422 01							
R1	6	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge			6	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge
R1	3	2017	am 31.12.2019 Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich			3	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erlass FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
A11	3	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge			3	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge
A9 LG 1.2	10	2017	am 31.12.2019 Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich			10	Einsparung - soweit zur Stärkung der Justiz nicht mehr erforderlich - zum genannten Zeitpunkt möglich
A6 LG 1.1	10	2016	am 31.12.2018 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)		10(*)		Die kw-Vermerke werden in gleicher Anzahl bei Stellen der Entgeltgruppe E 4 (vgl. Stellenübersicht Tit. 428 01) neu ausgebracht und der Zeitpunkt der Realisierung auf den "31.12.2019" geändert.
428 01							
E9	14	2016	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge			14	Bedarf aufgrund Anstieg der Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
428 04							
Anw. LG 2.2	12	2015	am 01.01.2017 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	12			
Anw. LG 2.2	2	2015	am 01.01.2018 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Anw. LG 2.2	13	2016	am 01.01.2019 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			13	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Anw. LG 2.2	3	2017	am 31.01.2017 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Vorgriff auf Haushalt 2018	3			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt), Vorgriff auf Haushalt 2018
Anw. LG 2.2	11	2017	am 01.01.2020 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			11	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
09 03 Justizvollzugsanstalten							
422 01							
A9 LG 2.1	1	2015	am 31.07.2017 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014-	1			Erllass des FM vom 04.06.2014 - VI 214 - HHV 2014 -
A9 LG 2.1	1	2017	am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren - gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016			1	Erllass des FM vom 10.05.2016 - VI 214 - H 6900-353 -
A9 LG 1.2	1	2009/2010	gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	für ein freigestelltes Personalratsmitglied der JVA Neumünster
A9 LG 1.2	1	2015	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmit- glieder			1	Erllass des FM vom 04.06.2014 - VI 214 - HHV 2014 -
A9 LG 1.2	4	2016	am 31.12.2019 Voraussichtliches Ende der Großpro- zesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)			4	Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Die Planstellen werden vor dem Hintergrund der äußerst ange- spannten Personalsituation weiterhin in der Justizvollzugsanstalten benötigt.
A8	6	2016	am 31.12.2019 Voraussichtliches Ende der Großpro- zesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)			6	Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Die Planstellen werden vor dem Hintergrund der äußerst ange- spannten Personalsituation weiterhin in der Justizvollzugsanstalten benötigt.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A6 LG 1.2	2	2015	am 31.07.2017 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber, spätestens nach drei Jah- ren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014-	2			Erlasse des FM vom April bzw. Juni 2014 - VI 214 - HHV 2014 -
428 01							
E5	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029			1	
09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit							
422 01							
R2	1	2016	am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.			1	Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Aufgrund des flüchtlings- bedingten Aufgabenzuwachses bei Asyl- verfahren wird die Planstelle in der Verwaltungsgerichtsbarkeit auch über den 31.12.2018 hinaus noch benötigt.
R2	1	2017	am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich			1	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich
R1	3	2016	am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich.			3	Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Aufgrund des flüchtlings- bedingten Aufgabenzuwachses bei Asyl- verfahren werden die Planstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit auch über den 31.12.2018 hinaus noch benötigt
R1	3	2017	am 31.12.2019 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich			3	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren zum genannten Zeitpunkt möglich
A13 LG 2.1	1	2016	am 31.12.2018 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich.			1(*)	Die Planstelle wird unter Änderung des Realisierungszeitpunktes in "künftig wegfallend am 31.12.2019" in das Kap. 0902 -Gerichte der ordentlichen Gerichts- barkeit- übertragen (vgl. Stellenplan Tit. 0902 - 422 01).
A12	1	2017	am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich			1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A9 LG 1.2	2	2016	am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich.		2		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Aufgrund des flüchtlings- bedingten Aufgabenzuwachses bei Asyl- verfahren werden die Planstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit auch über den 31.12.2018 hinaus noch benötigt
A6 LG 1.1	1	2017	am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich			1	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich
428 01							
E9	2	2017	am 31.12.2019 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich			2	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der derzeitigen Eingangs- und Bestandszahlen in Asyl- verfahren zum genannten Zeitpunkt mög- lich
09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit							
422 01							
R1	3	2009/2010	am 31.12.2019 Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation [Stufe Sozialgerichte]		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Aufgrund der anhaltend hohen Belastungssituation werden die Planstellen in der Sozialgerichtsbarkeit über den 31.12.2018 hinaus noch benö- tigt.
428 01							
E6	3	2009/2010	am 31.12.2019 [Stufe Sozialgerichte] Bedarf aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssitua- tion		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2018" auf den "31.12.2019". Folgewirkung aufgrund des entsprechenden Hinausschiebens im richterlichen Bereich -vgl. Stellenplan Tit. 422 01- (Belastung Folgedienste).
09 08 Staatsanwaltschaften							
422 01							
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016) i. V. m.
A12	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
Summe				18	33	79	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			
	B5		Abteilungsleitung für die im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsverteilung neu eingerichtete Abteilung Verbraucherschutz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	A15		für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	A14		im Zusammenhang mit der Einrichtung der Gemeinsamen IT-Stelle (GemIT) aufgrund des IT-Justizgesetzes i.R. der Stellenmittelfristplanung	2
	A12		wegen Weiterung der Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Strafvollzuges i.R. der Stellenmittelfristplanung	1
	A9 LG 1.2		für die Zentrale Verfahrenspflegestelle im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	3
	A9 LG 1.2		Vorzimmer/Assistenz für die im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsverteilung zusätzlich eingerichtete Abteilung Verbraucherschutz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
		E14	zur Angleichung der Leitungsbereiche i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	4
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	R1		zur Senkung der Belastungssituation im richterlichen Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit i.R. der Stellenmittelfristplanung	4
	A12		Personeller Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2
	A9 LG 1.2		Personeller Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit aufgrund der verbesserten Personalausstattung im richterlichen Bereich (Folgedienste) i.R. der Stellenmittelfristplanung	4
	A8		Personeller Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte / des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	3
	Anw. LG 2.1		Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Rechtspflegerdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften)	15
	Anw. LG 1.2		Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Bereich der Serviceeinheiten (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften)	20
	Anw. LG 1.2		für die Übernahme von Justizfachangestellten (Tarifbeschäftigte) in den Vorbereitungsdienst zur Gerichtsvollzieherin / zum Gerichtsvollzieher (als Beamte/-innen auf Widerruf)	6

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 03	Justizvollzugsanstalten			
	A14		Erweiterter Stellenbedarf zur fluktuationsbedingt erforderlichen Einarbeitung neuer Mitarbeiter/-innen und zur Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben als Dozent/-innen i.B.d. Ausbild. d. NWK im Justizvollzug i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2
	A12		Erweiterter Stellenbedarf insbes. i.Z.m.d. Wahrnehmung v. Betreuungsaufgaben von in Hamburg untergebrachten Gefangenen mit angeordneter Sicherungsverwahrung sowie aufgrund höh. Anforderungen bei der Einarbeitung neuer MA i.R. der Stellenmittelfristplanung	4
	Anw. LG 2.1		Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Vollzugs- und Verwaltungsdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung im Bereich der Führungskräfte des Justizvollzuges)	4
	Anw. LG 1.2		Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst (Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung auch mit Blick auf die erw. Reduzierung der Arbeitszeit f. Wechselschichtdienstleistende)	44
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit			
	R2		[Stufe Verwaltungsgericht] für weitere Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2
	R2		[Stufe Verwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. weitere Kammer am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Stellenübersicht Tit. 0902 - 428 04)	1
	R2		[Stufe Oberverwaltungsgericht] zur Verringerung der u.a. aufgrund der erstinstanzlichen Personalverstärkungen gestiegenen Bestandszahlen und Verfahrenslaufzeiten beim Oberverwaltungsgericht i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	R1		[Stufe Verwaltungsgericht] für weitere Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	6
	R1		[Stufe Verwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. weitere Kammer am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Stellenübersicht Tit. 0902 - 428 04)	3
		E9	[Stufe Oberverwaltungsgericht] für Serviceeinheiten (Folgedienste) i.Z. der Einrichtung weiterer Kammern am Verwaltungsgericht aufgrund des flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	4
		E9	[Stufe Oberverwaltungsgericht] gem. § 8 Abs. 12 HG 2017, f. Serviceeinheiten (Folgedienste) i.Z.m. weiterer Kammer am VG aufgr. d. flüchtlingsbedingten Aufgabenzuwachses bei Asylverfahren zum 01.06.2017 eingerichtet (vgl. Stellensperre Tit. 0902 - 428 04)	2

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2018

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 08	Staatsanwaltschaften			
	R2		für die Staatsanwaltschaft beim schl.-holst. Oberlandesgericht aufgr. Folgebelastung a. d. Zuständigkeit d. Staatsanwaltschaft FL für Saatschutzdelikte (insbes. aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	R1		wegen der Belastungssituation bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	4
	R1 R1		besondere Personalbedarfe i.R. der Stellenmittelfristplanung für die Staatsanwaltschaft beim LG FL i.Z.m. der § 74 a Abs. 1 des GVG folg. Zuständigkeit für die Bearbeitung von Staatschutzdelikten (insbes. aus den Bereichen Terrorismus/Islamismus) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2 2
	A9 LG 1.2		Personeller Mehrbedarf in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften aufgrund der verbesserten Personalausstattung bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (Folgedienste) i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	3
Summe	142	10		152

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Einsparungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			12
	Anw. LG 2.2		Realisierung kw-Vermerke "kw am 01.01.2017", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Anrechnung bereits im HH 2017 erfolgt-	
	Anw. LG 2.2		Realisierung kw-Vermerke "kw am 31.01.2017", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Realisierung im Vorgriff auf den Haushalt 2018 bereits in 2017 erfolgt-	3
09 03	Justizvollzugsanstalten			1
	A9 LG 2.1		Realisierung kw-Vermerk, Nachvollziehung des zum 31.07.2017 realisierten Wegfalls der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte im Jahr 2014 ausgebrachten Planstelle	
	A6 LG 1.2		Realisierung kw-Vermerke, Nachvollziehung des zum 31.07.2017 realisierten Wegfalls der gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 zur Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte im Jahr 2014 ausgebrachten Planstellen	2
Summe	18	0		18